

geben zu lassen. Diese dieses Boykottverbot sollen nach seiner Auffassung auch die Aufforderungen der Handwerkervereine, nicht in Warenhäusern zu kaufen, selbst wenn die Warenhäuser in einer moralisch und wirtschaftlich verbesserten Weise schweben. Erlaubt es sich ihm der Boykott nur als Begleiterscheinung eines Streiks, als Militärboykott, weil dieser ein Ausfluß militärischer Kommando-gewalt ist, und in der Form der Schwabach-Erfen, denn bei diesen nicht die ausdrückliche Aufforderung hinzugefügt werde, den Mann zu boykottieren, sondern nur mitgeteilt werde, was er getan und weshalb er entlassen worden sei. Eine Änderung der Gesetzgebung sei also nicht vonnöten; eine energische Rechtsprechung könne schon jetzt die kläffende Wunde des Boykotts unschädlich machen.

Die Unternehmer werden ihre helle Freude an dieser schnellen Sprache haben und die Arbeiter erhalten auf neue die Bestätigung, daß sie von den berufenen Vertretern der Justiz eine gerechte Würdigung ihrer Kampfweise und Kampfmittel nicht erwarten können, und daß die Staatsjuristen jederzeit bereit sind, der Gesetzesauslegung eine Norm zu geben, die im Interesse der Herrschenden und der Kapitalisten liegt.

Politische Heberficht.

Aus dem Wahlkreis Memel-Gründetung bezieht die freisinnige Presse, in Schmelz bei Memel sei es in einer liberalen Wählerversammlung, veranlaßt durch die Sozialdemokraten, zu ähnlichen Auftritten gekommen, obwohl der Vorsitzende Redefreiheit zugesichert hatte. Die Polizei hätte mit blanker Waffe eingreifen müssen und der Kufel, offenbar schon vor Beginn der Versammlung den in Aussicht genommenen Opfern gespendet, hätte seine Wirkung nicht verfehlt. Der Parteibeamte Mertins wäre verschwunden, als die Polizei mit den unschuldigen Arbeitern ins Handgemenge gekommen sei. Es sind das ganz niedrige Verleumdungen, die von dem Blätt des Herrn Schwabach, dem Memeler Dampfboot, verdreht werden. Tatsache ist folgendes:

Die allgemein verbindliche Kampfweise des Memeler „Dampfboot“ und die unzulässige Agitationsweise des Herrn Schwabach, der sich seiner Gegner dadurch erwehrt, daß er zum Dreinmalen auffordert, halten es bewährt, daß die Arbeiter den Schwabach, mit Schwabach einmal abzurechnen. Sie gingen deshalb in die liberale Versammlung in Schmelz, erhielten aber nicht das Wort zur Diskussion. Dafür wurde von den Liberalen die Polizei geholt, die den Saal räumen sollte. Mit blanker Waffe und mit dem Revolver ging man auch tatsächlich gegen die Versammlungsleiter vor und erzwang sie mit Gewalt aus dem Saale. In größerer Eile räumte man auch die Räumlichkeiten der Gemessen und dort den Versammlungen des Genossen Mertins, der durchaus nicht angekränkt war, sondern alles anbot, um einen Streit zu verhindern. Das ist die Wahrheit über die Vorgänge in Schmelz. Der Stern des Herrn Schwabach ist Abtrünnig im schnellen Sinken begriffen. Während es ihm im vorigen Jahr mit Geld, Schnaps und Bier gelang, zahlreiche Wählermassen auf seine Seite zu bringen, pfeift man ihn jetzt aus, wo er sich bilden läßt. — Nach der Schmelzer Versammlung verlor er in Kommelkütte sein Glüd. Hier fand die Versammlung Sonnabend Mittag statt, um die Sozialdemokraten fern zu halten. Doch man hatte sich verrechnet. Als wieder keine Redefreiheit gewährt wurde, bemächtigte sich auch hier der Versammlung eine solche Unruhe, daß Schwabach sein Rederat nicht halten konnte, sondern verhaften mußte.

Selbst die agrarische „Dnpr. Ztg.“ erklärt, die Szenen in der Schmelzer Versammlung seien eine Frucht der maßlosen, geradezu unerträglichen Verhegung seitens der Schwabachpartei.

Wilhelm II. und die schlimmen Reichsfinanzen. Die „Königliche Volkszeitung“ betont zu der Frage folgendes:

Es muß im gegenwärtigen ersten Augenblicke offen ausgesprochen werden, daß auch die unerwünschte Gestaltung der Reichsfinanzen zum guten Teil auf das direkte Eingreifen der obersten Kommandogewalt im Reich zurückzuführen ist. Bei seinem idealen, hochbegabten Streben auf den verschiedensten Gebieten des Staatslebens trägt Kaiser Wilhelm II. der harten Realität der Dinge nicht immer ausreichende Rechnung. Wenn es für ihn gilt, ein ihm vorstehendes Ziel zu erreichen, gibt es für ihn keine Schwierigkeiten materieller Art, die sich aber trotzdem an anderer Stelle bald in sehr sichtbarer Weise geltend machen. Kein Zweifel, daß die immer häufiger werdenden Anordnungen für Grenz- und Marineangelegenheiten aus der eigenen Initiative des Kaisers hervorgegangen sind. In den verantwortlichen Stellen war anscheinend nicht jederzeit die Wille oder die Kraft vorhanden, auf die finanziellen Konsequenzen mit ausreichendem Nachdruck hinzuweisen.

Das ist ja sehr schön und sehr gut, nur hätte dem Zentrum diese Erkenntnis schon zu einer Zeit kommen müssen, zu der das Zentrum noch Regierungspartei war. Daß der Wack der „oberste Kommandogewalt“ einschränkt, ist leider nicht zu erwarten. Vielleicht wäre es gut, wenn Privatvermögen und Einkommen der Fürsten recht kräftig zur Steuer herangezogen würden!

Liberaler Enttäuschung. Daß die Liberalen sich auch noch gegen bürokratische Uebergriffe entrichten können, zeigt eine Resolution, die der Liberale Verein zu Leipzig am Dienstag Abend in einer Mitglieder-Versammlung gefaßt hat und die da lautet:

Der Liberale Verein zu Leipzig protestiert gegen die fortgesetzten Maßnahmen von Beamten (1) wegen politischer Betätigung, insbesondere erhebt er Widerspruch gegen die kürzlich ausgesprochene Maßnahme des Herrn Reichsminister Schilling, den man wegen freiwilliger Kritik der Maßnahmen unserer Verwaltungswirtschaft im Ausland verurteilt hat. Ebenso protestiert der Liberale Verein aus entschiedener Sorge gegen das hayerische Judenzustellungsverbot, das in seinem Gehirne durch die Gründung der organisierten Angehörigen (2) aufgeföhrt hat.

Der Liberale Verein zu Leipzig richtet dann an den Reichsverein der Liberalen und alle entschiedenen Liberalen im Deutschen Reich die Aufforderung, für die staatsbürgerliche Verantwortlichkeit und die Wahrung der Koalitionsfreiheit der Staatsbeamten und Privatangehörigen mit allem Nachdruck einzutreten.

Wie man sieht, haben sich die „entschiedenen“ Liberalen nur in die Unkosten einer Resolution geföhrt, weil es sich in den angezogenen Fällen um Beamte und Angehörige handelt. Wenn der Staat und das Unternehmertum den Arbeitern das Koalitionsrecht raubt, trägt kein Mann im

„entschiedenen“ Liberalen Sager. Es ist auch besser, man überläßt die Sorge dafür uns Sozialdemokraten.

Eine tolle Idee. Die geringe Wahlbeteiligung bei der Nachwahl in Wolfenbüttel ist den „nationalen“ Parteien in die Quere gekommen, sie haben Angst bekommen vor der Masse der Nichtwähler. Mit der Frage der Heranziehung der Nichtwähler befaßt sich der Oberlandesgerichtsrat Bogzi in Hamm, in der Zeitschrift: „Das Recht“. Der Mann empfiehlt, die Verwaltungsbehörden sollen bei den Wahlen einen Kandidaten nominieren, dem die Stimmen aller jener Wähler zugunsten sind, die sich an der Wahl nicht beteiligt haben. Wenn der Urheber dieser tollen Idee davon eine stärkere Wahlbeteiligung erwartet, so dürfte das Umgekehrte eintreten. Die Regierung läßt einfach einen ihr genehmen Kandidaten für die Nichtwähler aufstellen und die Organe der Regierung verkündeten dann, die Wahl der Regierungskandidat, wer dann zur Wahl geht, der stimmt gegen die Regierung damit und hat die Folgen zu tragen. Das wäre der einfachste Weg, die geheime Abstimmung zu umgehen.

Konservative Drohnote. Die konservative Korrespondenz bestreitet, daß die Reform der Arbeiterversicherungs-gesetze bereits soweit geblieben sei, daß sie dem Reichstag vorgelegt werden könne. Das partei-offizielle Blatt bröht, daß auf eine platte Annahme der Regierungsvorhaben nicht gerechnet werden könne. Dagegen wird behauptet, daß die anderweitige Regelung des Krankenversicherungsgesetzes, durch Einbeziehung in diese allgemeine Reform verschleppt wird. — Die Konservativen sind entschiedene Gegner jeglichen Fortschrittes auf dem Gebiete der Sozialpolitik, dagegen können sie den Moment kaum erwarten, der die Krankenkassen der preussisch-deutschen Bürokratie ausliefert.

Der Anshandel beginnt. Zu einer Mitteilung über den Inhalt der Vorlagen zur Reichsfinanzreform hat die „Kreuzzeitung“ meißel, Staatssekretär Sydow Mitglieder der deutschkonservativen Partei des Reichstages für den 14. d. M. in das Reichschagamt eingeladen. Es war jedoch nur dem Abgeordneten Freiherrn von Richthofen-Dammsdorf möglich gewesen, zu erscheinen. Einen Tag später hat Herr Sydow die Anshemiten Patmann und Liebermann empfangen und es ist nahelegend, daß auch bereits Nationalliberale und Freisinnige über den Inhalt der Steuerentwürfe informiert worden sind. Gegen diese Methode, erst mit den der Regierung ergebenen Parteien zu verhandeln, ehe man dem Volke Aufklärung gegeben hat, kann nicht scharf genug protestiert werden. Wenn im trauten Beisammensitzen, hinter den Kulissen, feste Abmachungen getroffen werden, dann drückt man die Verhandlungen des Reichstages zur Farce herab.

Die interparlamentarische Friedenskonferenz ist gestern unter Teilnahme von Abgeordneten fast aller europäischen Länder in Brüssel zusammengetreten und vom Reichstagsler Falow in der Sitzung über mehrere Vorträge erörtert worden. Die langen Berichte über unsere Vorträge erregen uns, von dieser Konferenz nur summarisch Notiz zu nehmen. Bälou führte aus: Mit der unwillkürlichen Welt weiß Deutschland die Dienste zu würdigen, die einer Welt der Gerechtigkeit. Von angezeichneten Männern geleitet haben Sie die Aufgabe verfolgt, Vorkämpfer für den Frieden und die Eintracht unter den Völkern zu eklamieren. Wenn ich auch kein parlamentarischer Minister in des Wortes vollster Bedeutung bin, so bin ich doch ein streng und ehrlich konstitutioneller Reichsminister. Als konstitutioneller Minister weiß ich, daß Sie als Volkvertreter die Gefühle Ihrer Mitbürger ausdrücken, was die Regierungen betrifft, so werden Sie ihnen die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß Sie Ihren Wünschen entgegengekommen sind, indem sie internationale Verträge abgeschlossen haben. In Deutschland nehmen wir lebhaften Anteil an den Fragen, die die interparlamentarische Vereinigung beschäftigen, und besonders an der Schiedsgerichtsbarkeit. Wir machen es uns zur Pflicht, an der Konferenz der Seemächte teilzunehmen, die in einigen Wochen in London stattfinden wird. Unsere Mitwirkung ist es wichtig für die Verteidigung, die mit den Interessen der Völker der Welt verbunden ist. Eine schon ziemlich lange Erklärung hat mir bewiesen: Mißverständnisse zu zerstreuen, ist nicht so gerianet, als sich durch Anknüpfung von Verbindungen kennen zu lernen. Belehrt durch seine Geschichte, die um drei Jahrhunderte hindurch die härtesten Erfahrungen nicht erdara hat, will auch Deutschland stark genug sein, um sein Gebiet, seine Würde und seine Unabhängigkeit zu verteidigen. Es mißbraucht seine Kraft nicht und wird nie nicht mißbrauchen. Das deutsche Volk, das Frieden wünscht, einen auf Recht und Gerechtigkeit gegründeten Frieden, und das durch Beobachtung des Friedens während so vieler Jahre die Zurückhaltung seines Wunsches bewiesen hat, soll für den Arbeiter beifall. Der Präsident verlas eine Devotion des Kaisers, in der Wilhelm II. die Delegation der 15. Kongresse der interparlamentarischen Union begrüßt und den Wunsch ausdrückt, sie möge auch fernabhin zu Gunsten des Weltfriedens erfolgreich wirken. Hiernach sprach Graf Albert Apponyi (Ungarn) und Lord Balfour (England) Worte der Begrüßung.

Ein Verein gelber Beamter. Montag Abend hielten die der Maschinenfabrik Augsburg beschäftigten landmännlichen und technischen Angestellten, soweit sie aus ihren Organisationen ausgeschlossen sind, eine Versammlung ab, in welcher eine Resolution angenommen wurde, in der der Fabrikdirektion volles Vertrauen ausgesprochen wurde. Zugleich wurde das Vorgehen des Bundes technischer und industrieller Beamter scharf beurteilt und der Beschluß gemacht, einen eigenen Verein zu gründen, der die guten Beziehungen zwischen Angestellten und Betriebsleitung zu wahren gesonnen ist.

Damit hätten die Scharfmacher der Maschinenfabrik Augsburg, die zugleich die geistigen Leiter des Verbandes Bayerischer Metallindustriellen sind, ihren Zweck erreicht. Sie können nun ihre Beamten gegen einander anspielen und der Kampf gegen die Mitglieder des Bundes technischer und industrieller Beamten kann auf neue beginnen. Letztere sind sämtlich gegenüber den Forderungen und Drohungen der Direktion standhaft geblieben, während die anderen Beamten angehörigen Angestellten aus diesen austraten und sich die bereits gewährten Beiträge von der Direktion erlösen ließen. Die Versammlung war teils der Direktion „angenehm“ worden, wie immer in solchen Fällen.

Ein Kuriosum. Von der Staatsanwaltschaft in Leipzig ist gegen den Geschäftsführer der Leipziger Buchdruckerei, Aktien-Gesellschaft (Leipziger Volkszeitung), den Genossen Schiffer, wegen des Beirathensmanns des 11. 12. 1898 über Reichstags-Wahlkreis, einen Brief in Witten Kallack wegen Verlegung des 19

in Verbindung mit dem 9. d. des Verlegers Anlage erhoben worden. In der Parteibroschüre wurde ein gegen einen Eisenbahn-Unternehmer in Witten gerichteter Flugblatt gedruckt, aus dem das Genosse Rod in Wittenverlei verbreitet. Bei dem Druck auf der Schnellpresse waren vierhundert Bogen zusammen in die Presse gekommen, wobei 1 Bogen nur einseitig bedruckt wurde. Deshalb fehlten auf dem Flugblatt neben der einen Seite natürlich auch die Namen des Druckers und des Verlegers. Dieses ist dem in dem Flugblatt angegriffenen Unternehmer in die Hände gefallen, der es der Staatsanwaltschaft übermittelte. Nunmehr ist Anzeige erhoben worden und zwar gegen Schiffer als Drucker und Rod als Verleger des Flugblattes. Der Termin ist am 1. Oktober vor dem Leipziger Schöffengericht. In einem solchen Falle hat ein Breslauer Schöffengericht die „Vollmacht“ sogar verweigert. — Katholik!

Schmerz, laß nach! Mit allen Zeichen des Entsetzens berichtet die holländische Presse, daß bei den Reichswahlen der Arbeitervereine in Berlin, die polnische Kandidatenliste geföhrt hat! — Wir danken!

Ausweisung polnischer Arbeiter. Den Brannschleichen im Kreise Neubrandenburg ist eine bedrückende Beschäftigung ausgegangen, in der die sofortige Ausweisung der ausländischen Arbeiter polnischer Nationalität mitgeteilt wird. Ein Grund für diese Maßnahme ist nicht angegeben worden.

Ende eines kleinbäuerlichen Journalistentums. In einer Sitzung des Mecklenburger Stadtparlaments hatten die anwesenden Pressevertreter sich nach Ansicht des Stadtvordirektors-Beschlusses zu laut unterhalten. Eine diesbezügliche Bemerkung derselben beantworteten die Pressevertreter mit dem Streik, als ihnen entsprechende Genehmigung verlangt wurde, den sie bisher auch kritisch durchführten. In der gestrigen Sitzung verstand der Vorsitzende sich endlich zu einer Erklärung, in der er betonte, von der in Rede stehenden Forderung nichts anzunehmen zu können, aber andererseits versicherte, daß ihm jegliche beabsichtigte Abfertigung ferngelegen habe. Darauf nahmen die Pressevertreter ihre Tätigkeit wieder auf.

Die amtliche Statistik über Automobilverkehr im zweiten Vierteljahr 1908 ist nach der „Neuen politischen Korrespondenz“ soeben veröffentlicht. Danach haben sich im Reichsgebiet 1178 Unfälle ereignet, von denen 796 auf Preußen, 152 auf Bayern, 83 auf Sachsen und 43 auf Hamburg entfallen. 560 Menschen wurden verletzt, 84 getötet, und zwar 2 Führer, 7 Insassen und 25 dritte Personen. In 848 Fällen trat ein Sachschaden von insgesamt 219.419 M. ein. In 93 Fällen wurden Polizeifahrer verhängt, und in 241 ein gerichtliches Strafverfahren eingeleitet. Von den an den Unfällen beteiligten Kraftfahrzeugen dienten 1144 der Personenbeförderung, 89 waren Lastfahrzeuge.

Ausland.

Deutschland als Scharfmacher in der Türkei. Eine geradezu ungeheuerliche Meldung bringt die „Frankfurter Zeitung“ aus Konstantinopel. Die Angestellten der anatolischen Eisenbahnen, die geradezu hundemäßig elend bezahlt wurden, waren in den Generalstreik getreten, wodurch fast der gesamte Bahnverkehr stillgelegt wurde. Die Ausständigen haben offenbar eingesehen, daß dies eine schwere Schädigung des Wirtschaftlebens mit sich bringen muß, weshalb sie furchterhand die Direktion ablegten und den Betrieb in eigener Regie weiterführten. Direktor der anatolischen Eisenbahnen ist der ehemalige Beamte in der deutschen Kolonialabteilung, Geheimrat Legationsskat Dr. Hellrich, es ist auch meist deutsches Kapital, das in diesen Bahnen angelegt ist. Der wegen seiner haßharrigen Haltung abgelegte Direktor wandte sich mit der Bitte um Beistand an die deutsche Botschaft in Konstantinopel und der Botschafter Freiherr Marschall von Bieberstein hat die Botschaft sofort ganz energisch angefordert, diese „Rebellion“ mit allen Mitteln entgegenzutreten. Unter den Angestellten der anatolischen Eisenbahnen sind auch deutsche Staatsangehörige, die natürlich mit in den Streik eingetreten sind und es wäre nun der Schande Gipfelpunkt, wenn die türkische Regierung gegen diese Arbeiter und Angestellten etwa Gewalt anwenden müßte, weil der deutsche Botschafter es als seine vornehmste Pflicht anseht, das deutsche Kapital und einen deutschen Direktor in Schutz zu nehmen. Wenn die Deutschen im Orient, der vermutlich rasch wirtschaftlich aufblühen wird, immer verhaßt werden, dann dankt man das der mehr als sonderbaren Haltung der diplomatischen Vertreter Deutschlands am Goldenen Horn.

Nein allgemeines Wahlrecht in Holland. Bei der Eröffnung der Generalstaaten verlas der Vorsitzende des Ministerrats, Premierskat, die Thronrede. Ihr Inhalt beansprucht kein Interesse. Aber — sie schweigt sich gänzlich über die Wahlrechtsfrage; sie erwähnt sie mit keinem einzigen Worte und stempelt so die Regierungserklärung zur Kriegserklärung an die Arbeiterklasse Hollands! Diese wird durch die brutale Verweigerung des allgemeinen Wahlrechts, um das sie schon jahrelang gebuhlt und gekämpft, gezwungen, zu verfahrenen Mitteln zu greifen. Rücksichtslos wird sie schon bei der im Juni 1909 stattfindenden Kammerwahl die herrschenden Parteien bekämpfen müssen und sich vorbereiten, ihre ganze Macht in die Waagschale zu werfen, um sich das allgemeine Wahlrecht zu erzwingen. Unsere Redner auf der Wahlrechtsdemonstration vom letzten Sonntag, worunter sowohl Mitglieder des Parteivorstandes und der Kammerfraktion als auch die Führer der Gewerkschaftszentralen, wiesen beinahe ausnahmslos darauf hin, daß die Verbitterung über den Ausschluß von über einer halben Million Arbeitern von der Wahlurne immer weitere Kreise erfaßt und daß die Leiter der Arbeiterbewegung, dem aus dem organisierten Proletariat selbst aufkommenden Drange folgend, scharfer, selbst bis zum Massenstreik sich steigende Kampfmittel in Erwägung ziehen müßte. Bleiben die herrschenden Klassen dabei, sich zu weigern, das allgemeine Wahlrecht herauszugeben, dann kommen die Folgen ihrer Weigerung auf ihre Häupter.

Arbeiterbewegung.

Ende des Streiks bei der Anatolischen Bahn. Der Streik der Angestellten bei der Anatolischen Bahn hat sein Ende gefunden, nachdem mit der Bahnverwaltung die Einigung über die noch unerledigten Punkte zustande gekommen ist. Vorgestern Abend nach 9 Uhr wurde, nachdem sich die Beamten mit den neuen Bedingungen einverstanden erklärt hatten, der erste Zug der Vorkriegsbedingung wieder von hier abgefahren. Der Generaldirektor Quagnum, dessen Entlassung noch fraglich von dem Personal so förmlich gefordert worden ist, wurde vorgestern Abend in der Station Saitdar-Pascha auf der anderen Seite des Bosporus, von der die anatolische Staatsbahn abgeht, von den Angestellten mit Hochrufen empfangen.

Der Ministerrat beschloß, zur Bekämpfung von Gehaltszulagen eine Anleihe von 3.600.000 Pfund bei der Ottomanischen Bank aufzunehmen.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 9 des dritten Jahrgangs, September 1908. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband, Berlin.

Das Septemberheft enthält eine Abhandlung Dr. Julius Baum über Paul Lang (mit 22 Abbildungen von Werken dieses Künstlers); ferner den Schluß der Arbeit Franz Kammlers über Bohnerle und den Schluß des Artikels des Architekten Otto Bintelwaller über den Treppenhahn (mit diesen Abbildungen). Robert Bremer bringt eine Abhandlung über Die Kunstgewerbeschule ein und legt und schließlich sei noch die Arbeit von Otto Bintelwaller über Ladungsverhältnisse und deren Erkennung erwähnt. Das Heft enthält insgesamt 48 Abbildungen, darunter 12 ganzseitige. Ein Abonnement dürfte sich für alle Holzarbeiter sehr empfehlen.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postämtern und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Berlin O 2, Neue Friedrichstraße 2.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. September.

Ein „Fortschritt“ auf geistigem Gebiete.

Wer etwa der Meinung ist, unsere Frommen wären jedem Fortschritt abhold, befindet sich in einem großen Irrtum. Zwar hängen sie im allgemeinen noch sehr am Glauben ihrer Urgroßmütter, das hindert sie aber nicht, ihr „geistiges Auktzeug“ von Zeit zu Zeit einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Wo sind die Zellen hin, da in den evangelischen Gesangbüchern z. B. noch das „schöne“ Lied von Dr. Martin Luther prangte:

Ich bin ein rechts Rabenaaß,
Ein wahrer Schandenkittel,
Der seine Sünden in sich trug,
Als wie der Ruch die Amibel.
Herr Jesu nimm mich Schuld beim Ohr,
Denn mir den Gnadenknochen vor,
Und schmeiß mich Stadenkittel,
In deinen Gnadenkittel.

Mit Jubel haben unsere Urgroßmütter wenigstens noch ähnlich schöne Lieder gesungen, wir dagegen haben nur noch die Melodie kennen gelernt; der Text war ein anderer geworden. Das bisher bei uns in Gebrauch befindliche Gesangbuch stammt aus dem Jahre 1878. Es ist also noch lange nicht so alt als die Preussische Verfassung, die unsere Frommen im allgemeinen noch recht erträglich finden und doch hat man bereits empfunden, daß die Melodie unserer Mütter und Großmütter reformbedürftig ist. Die Provinzialparlament hat im Jahre 1905 beschlossen, dieses Gesangbuch nicht nur zu revidieren, sondern einer völligen Neubearbeitung zu unterziehen. Die Arbeit wurde einer Kommission von sechs Geistlichen und drei Laien übertragen. Es gehörten ihr an: Sup. Bronisch, Kircheninspektor Decke, Sup. Eberlein, Sup. Hoffmann und Sup. Weisner (Schöpplowitz), Direktor Klipstein, Stadthalter Rietke und Landrat Freiherr von Jedlich (Hermannswalbau). Diese Kommission hat sich mit solchem Eifer ans Werk gemacht, daß die Drucklegung des Entwurfs noch vor dem Zusammentritt der diesjährigen Provinzialparlament erfolgen konnte. Die Zahl der Kirchenlieder ist von 642 auf 618 herabgesetzt worden. Eine ganze Anzahl der „alten Lieder“ wurde auch wieder ausgeschaltet. Dafür soll das Buch künftig auch Noten enthalten. Der „Fortschritt“ ist also ganz unverkennbar.

Die Wahlhelfer des Bezirks 23 (Distrikte 4, 6 und Bepelwitz) und die Wahlhelfer des Distrikts 7 werden ersucht, ihre Flugblätter Sonnabend Abend oder Sonntag früh in ihren Distriktslokalen abzuholen.

Die nächste Volksvorstellung des Sozialdemokratischen Vereins findet Sonntag, den 27. September, Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Thalia-Theater statt. Zur Aufführung gelangt Max Gals's beliebtes Schauspiel „Jugend“. Billets sind von Montag ab in der Expedition der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5, Hinterhaus III, zu haben.

Breslauer Gewerkschaftskartell. In der Sitzung, die am Donnerstag im Gewerkschaftshaus abgehalten wurde, sprach Genosse Reutlich über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Wenn die Arbeiter ihre Schwebigkeit tun und ruhig agieren, dann sei es möglich, die Zahl unserer Stadtverordneten zu vermehren. Die Ausschüsse für einen Wahlsieg liegen in diesem Jahre durchaus günstig, es fehle nur eine gute und fruchtbringende Arbeit. Wie notwendig es sei, mehr Zugang zum Stimmvolk zu gewinnen, das erläuterte der Redner in ausführlicher überzeugender Weise. Die Vertreter der Gewerkschaften sollen es sich angelegen sein lassen, daß in den Organisationen noch mehr Propaganda für die Wahlen gemacht werde. Als wichtigste Art der Agitation sieht Reutlich die Agitation von Mund zu Mund, die Hausagitation an. An die Ausführungen knüpfte sich eine Debatte. Mehrheit gab abdam die Abrechnung für das 2. Quartal 1908. Es wurde ihm Entlassung erteilt.

Von dem zum Schluß gestellten Anträgen aus der Mitte der Versammlung ist der der Bauarbeiter hervorzuheben. Er bezweckt, bei dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung wegen Vornahme von Notstandsarbeiten heranzugehen. Der Antrag fand Unterstützung. Berücksichtigt wurde der Antrag mit dem Hinweis auf die überaus große Arbeitslosigkeit in Breslau nicht nur im Baugewerbe, sondern in fast allen Berufen. Die Abhaltung von Arbeitslosenversammlungen stelle sich als dringend notwendig heraus. Es wurde beschlossen, der Kartellvorstand zu beantragen, die geeigneten Schritte in der Angelegenheit zu tun, die Gewerkschaften sollen jedoch in möglichst kürzester Zeit dem Kartellvorstand genaues Material über die in den betr. Berufen grassierende Arbeitslosigkeit und die Zahl der Arbeitslosen, soweit das festgestellt werden kann, unterbreiten.

Unentschieden blieben: Buchdrucker Richter, Dachdecker Kopitz, Gastwirtschaftliche Fiebert, Gemeindevorstand Max Hartmann, Glaser Böhm, Kürschner Schöde und Cudy, Lithograph Slobig, Metallarbeiter Wehr, Schuhmacher Brandler, Stallknecht Wandelt, Zigarenfabrikant Knoch, Photograph Vog, Fleischer Schreiber.

Die Zimmerer hielten am 15. September eine außerordentliche Mitgliederversammlung in der „Scala“ ab. Ueber den ersten Punkt, die Tarifverträge im Zimmerergewerbe und die Aufgaben unserer Organisation sprach der Kamerad Finsel-Gibing. Früher reichten oft die Mittel bei Lohnbewegungen und Streiks nicht aus und es mußte mit Sammelgeldern an das Solidaritätsgeld der Kameraden appelliert werden, durch die Regelung der Beitragssätze auf den Generalversammlungen aber gelangte die Organisation zu Geldmitteln und mit diesen liegt die Macht und das Ansehen derselben. Leider wurde uns das, was wir oft in schweren Kämpfen erst erringen mußten, bei niedergebender Konjunktur immer wieder entzogen. Jedoch mit nie richtig vorwärts kamen und erst nachdem man dazu überging die Forderungen schriftlich den Unternehmern zu überreichen und sie beim Abschluß der Bewegung unterzeichnen ließ, änderte sich dies. Auf diese Weise kamen wir so nach und nach zu den heutigen Tarifverträgen. Redner schilderte alsdann die Lohnbewegungen und Tarifabschlüsse im Einzelnen mit den Unternehmern, dann mit den örtlichen Arbeitgeberverbänden, die sich später in Landesverbände zusammenschlossen und jetzt eine festgeschlossene Organisation in dem deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe geworden ist. Gerade unsere diesjährige Preisbewegung hätte dies gezeigt und nur der Geizhalsigkeit des Zentralvorstandes könnten wir es verbieten, daß uns ein Kampf erspart wurde, wie ihn das deutsche Baugewerbe noch nicht gekannt hat und der schließlich, infolge der schweren Wirtschaftslage zu unseren Ungunsten verlaufen mußte. Nur ein harter Kampf um unsere Interessen verlaufen mußte. Nur ein harter Kampf um unsere Interessen verlaufen mußte. Nur ein harter Kampf um unsere Interessen verlaufen mußte. Nur ein harter Kampf um unsere Interessen verlaufen mußte.

mengeschaffen denn je, aus der diesjährigen Bewegung hervorgegangen ist, während auf der anderen Seite eine Reihe Kameraden sich bemühen, die am Orte bestehende Organisation zu Grunde zu richten. Die Folgen dieser Bemühungen werden nicht ausbleiben und die Breslauer Zimmerer werden sich in einigen Jahren bei diesen Leuten bedanken können, wenn Breslau in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen anderen Städten gegenüber noch weiter zurückbleibt, als dies ohnehin schon der Fall ist, wenn es nicht gelinzt diese Leute zu überzeugen, daß nur eine einzige, festgeschlossene, mit Geldmitteln gut ausgestattete Organisation imstande ist, der Unternehmer-Organisation Trost zu bieten. Großer Beifall belohnte den Referenten. Der Verbandsangelegenheiten wurde ein Antrag angenommen, daß die Breslauer Zimmerer sich nicht damit einverstanden erklären können, unter den gegebenen Verhältnissen eine beliebige Person für den Kameradentest, wie dies geplant wurde, anzustellen. Die Mittel, welche vorgesehen sind, reichen nicht aus, sodas neu nachbewilligt werden müßten, was unter keinen Umständen geschehen kann. — Das 25. Stiftungsfest findet Sonnabend im Gewerkschaftshaus statt.

Drechslerversammlung. Dienstag, den 15. d. M., fand im Gewerkschaftshaus eine Versammlung statt, in der Kollege Pachyna über das Thema: Welche Vorteile bringt den Drechslern der Jüngst mit dem Arbeitgeberverein abgeschlossene Tarifvertrag? referierte. Das Bestreben des Arbeitgeberverbandes, die einzelnen Gewerbe der Holzindustrie immer mehr zusammenzuschließen, um dadurch den berechtigten Anforderungen der Arbeitnehmer mehr Widerstand leisten zu können, vollzieht sich auch im Drechslergewerbe. Schon vor nicht langer Zeit wurde auch hier in Breslau der Versuch gemacht, die Zusammenschließung der Drechsler mit der Tischlerinnung herbeizuführen. In Zukunft werden die Kartelle wohl nicht mit einzelnen Tischlermeistern, sondern mit der Innung abgeschlossen, und dadurch auch die Garantie gegeben, daß der Tarif von den Arbeitgebern voll und ganz hochgehalten wird.

Die Arbeitslosigkeit ist eine sehr große, weshalb seit Januar 1907 bis jetzt annähernd 30 Prozent der Drechsler zu anderen Berufen übergegangen ist. Auf der letzten Zusammenkunft der schlesischen Innung in Königsbrunn führte Direktor Seber von der Breslauer Fortbildungsschule aus, daß 40 Prozent Lehrlinge jetzt weniger im Drechslerberufe vorkommen, als in früheren Jahren. Wir möchten aber die Mütter und Mütter von schulenlastigen Kindern ermahnen, ihre Söhne alles andere, aber nicht Drechsler werden zu lassen. Ist schon die frühere Drechslerkunst durch die Einführung der Zellarbeit alles andere, nur keine Kunst, so haben die jungen ausdauernden Leute noch zu bewältigen, daß sie sofort nach Beendigung ihrer Drechslerzeit auf ein anderes Geschäft werden und ein anderes Handwerk ergreifen müssen. Die arbeitslosen Kollegen werden ersucht, das Umfassen in einzelnen Werkstätten nach Arbeit sein zu lassen und mehr den Arbeitsnachweis zu benutzen. Es wurde beschlossen, eine außerordentliche Versammlung Mitte Oktober abzuhalten.

Achtung, Schneider! Alle arbeitsfindenden Kollegen werden ersucht, am kommenden Sonntag zu der am Montag, den 21. September, Abends 8 Uhr, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses stattfindenden Herrenmaschneider-Versammlung Flugblätter zu verteilen; dieselben werden am Sonnabend, Abends 8 Uhr, im Lokale Herrenstraße 19 ausgegeben.

Die freie Jugendorganisation veranstaltet in der „Scala“, Molaitstraße, Sonnabend, den 19. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Herrn R. Müller über: „Die Jugendorganisation vor Gericht“. Die organisierte Arbeiterschaft wird um Unterstützung dieser Versammlung gebeten.

Die organisierten Bäcker veranstalten Sonntag Nachmittags im Gewerkschaftshaus ihr Stiftungsfest, wozu sie alle Freunde hieherdurch einladen.

Bauhilfsarbeiter von Partlieb, Krieter, Klettendorf und Umgegend. Freitag, den 18. September, Abends 8 Uhr: Große öffentliche Versammlung im Saale des Herrn Schmidt in Partlieb. Referent: Gauleiter Hartmann-Dresden. Ganz besonders sind die Frauen eingeladen.

Bierus Blumenfeld. Die Vorstellungen des Bierus E. Blumenfeld Wwe. erfreuen sich nach wie vor der Gunst des Publikums. Am Sonnabend Nachmittags findet die erste große Familien- und Kindervorstellung zu herabgesetzten Preisen für Erwachsene und Kinder statt.

Erhängt aufgefunden wurde am 16. d. Mts der Arbeiter Emil Hahn in seiner Wohnung auf der Wörtherstraße. Die Leiche wurde nach der Anatomie geschickt.

Tödtlicher Sturz. Am 12. d. Mts. stürzte die Arbeiterin Bertha Keschig, Augustastr. 141 wohnend, in einem Grundstück auf der Neuen Schneidmühlstraße, wo sie Besorgungen machen sollte, in den offen stehenden Kellerraum und so in einen Schädelbruch zu, welcher am 15. d. Mts. ihren Tod herbeiführte.

Auffichtslose Kinder. In der Nacht vom 17. d. Mts. wurden in der Warthehalle der Straßenbahn auf dem Gneisenauplatz zwei nur dürftig gekleidete Kinder auf einer Bank schlafend angetroffen. Sie wurden in das Asyl für Obdachlose gebracht.

Feuer. Am 17. d. Mts., Abends, in der siebenten Stunde entstand ein Brand in dem Grundstücke Lehngrubenstraße 31. In dem Hintergrunde des sehr tiefen Grundstücks befindet sich neben einem Stallgebäude ein Eiskeller. In diesem war das dort lagernde Stroh in Brand geraten. Die herbeigerufene Feuerwehr blühte in kurzer Frist das Feuer und schaffte das glimmende Stroh auf den Hof, welches vollends abgeblüht wurde.

Feuer-Mann rief gestern Abend gegen 10 Uhr die Feuerwehr nach der Siebenhüfenerstraße, woselbst in der Gelbgießerei der Maschinenfabrik von Gebrüder Guttmann ein größerer Brand entstanden war. Das Dach der betreffenden Abteilung brannte in kurzer Zeit vollständig nieder. Jedoch dauerten die Aufmunnsarbeiten bis in die frühesten Morgenstunden hinein. Der verursachte Schaden soll, wie die Firma uns mitteilt, nur einige tausend Mark betragen und keinerlei Betriebsbeeinträchtigungen zur Folge haben. Leider die Ursache des Feuers hat bisher genaues nicht festgestellt werden können.

Streitigkeitenverbrechen. Als die 18jährige Tochter einer Milchbäckerin von der Leutenstraße vor einigen Tagen durch die Karze Gasse ging, wurde sie von einem jungen Manne verfolgt; sie bog in die Friedrich-Karlstraße ein und da der Mensch ihr immer folgte, trat sie hier in ein Haus, er ging ihr auch hierher nach, ergriff sie plötzlich und begann an ihr eine unehrliche freche unzüchtige Handlung. Auf ihr Geschrei ergriß der Mann die Flucht.

Gefunden wurden: eine Granatbrosche, eine goldene Damenuhr ohne Glas, ein silbernes Armband, eine Wachsperlenkette, ein Damenscharm mit Nadelstift, acht Schlüssel an einem Ring, eine Schmalzkerze mit Zinnschmelz (Wasserbad) und Werkzeuge, ein Sparfassenbuch und Legitimationspapiere.

Stadt-Theater.

„Lannhäuser“ von R. Wagner.

Vor einem dichtbesetzten Hause fand die zweite Opernaufführung der Saison unter Leitung des Herrn Prütze statt und erweckte namentlich nach dem zweiten und dritten Akt den stürmischen Beifall der Zuhörer. In erster Reihe verdienen die Herren Krieger (Lohengrin) und Herr Zerkow (Heldrath), sowie Herr Wittelshof, der einen prächtigen Landgrafen abgab. Sodann ist Frau Rabi-Kristen (Elsa) und Herr Köpfl (Wolfram) lobend zu erwähnen. Ehrenzu gedenken ist der tüchtigen Haltung des Orchesters, bis auf die Violinstimmen am Schluß der Ouvertüre und den Streichinstrumenten. Auch die Pflanzhöhe klangen mitunter empfindlich unrein.

Ihr Sonntag ist eine Aufführung von Beethovens „Fidelio“ angesetzt, das obige Oper, die der berühmte Meister geschrieben hat. Es ist das hohe Ideal der Liebe, die Erlösung von der Dämon, die sie, um den geliebten Mann befreien zu können, in Männerkleidern in den Kerker des Gefängniswärters tritt, der ihren Gatten seit Jahren in einem unterirdischen Kerker gefangen hält. Das, was der Meister hier ausdrückt, geschah in der reinsten, edelsten Kontraste, in Szenen von wunderbarer ergreifender Melodie, Jagd und Arbeit, von der Meisterschaft der Technik gar nicht zu reden. Gerade in der heutigen Zeit der Melancholie wächst das Bedürfnis der großen Menge nach Beethovenscher Kunst und es wird kaum ein Programm aufgestellt, auf dem nicht mindestens eines seiner gewaltigen Werke steht. Die Besucher der „Fidelio“-Aufführung seien besonders auf die ersten und zweiten Akte geachtet. „Leonore“ Duverture“ hingewiesen, in der die Bühnenorgane wunderbar repräsentiert werden. Textbücher, 20 Pfennig das Stück, in denen nicht nur die Texte der Gesänge, sondern auch die dazu gehörenden Gesprochenen Stellen angegeben sind, lassen man sich in den Buchhandlungen in der Kellam-Ausgabe geben; als Einleitung findet der Leser auch eine Menge interessanter Daten über die Entstehung der Oper und die verschiedenen Änderungen, denen Beethoven selbst sie unterworfen hat.

Neueste Nachrichten.

Massenmeeting in Nürnberg.

Nürnberg, 18. September. Nach Schluß des Parteitagess wird ein großes Massenmeeting am Sonntag unter freiem Himmel stattfinden. Die kaiserliche Regierung hat hierzu das Ludwigsfeld, einen hübschen Villenpark, zur Verfügung gestellt. Es werden u. a. sprechen G. v. S. v. Brühl, D. v. L. v. London und Rosa Luxemburg.

Mit dem Flugapparate abgestürzt.

Paris, 18. September. (S. L. B.) „Matin“ meldet aus New York: Olivier Wright unternahm mit dem Sohne des Admirals Selfridge einen Ausflug mit seinem Flugapparate, als plötzlich in einer Höhe von 25 Meter das Luftschiff anhielt und dann nach kurzer Zeit zu Boden stürzte. Wright wurde lebenslos mit gebrochenem Bein aufgefunden. Man befürchtet, daß er auch innere Verletzungen erlitt. Die Ärzte erklären ihn jedoch außer Lebensgefahr. Selfridge ist an den erlittenen Verletzungen gestorben. Die Flugmaschine wurde gänzlich zerstört. Die Ursache des Unfalls wird auf das Abbrechen einer Schraube zurückgeführt. Wright hatte die Schraube, mit der er seine bisherigen Fahrten unternahm, durch eine größere ersetzt. Man glaubt, daß die neue Schraube zu schwer war.

Die Aufbesserung der Reichsfinanzen.

Berlin, 17. September. Zu einer Mitteilung über den Inhalt der Vorlagen zur Reichsfinanzreform hatte Staatssekretär Schömann Mitteilung über die Reichsfinanzreform der Reichstages für den 14. d. M. in das Reichstagskammeramt eingeladen. Es war jedoch nur dem Abgeordneten Freiherrn v. Richthofen-Damshorst möglich gewesen, zu erscheinen. (Siehe Politische Uebersicht.)

Demonstrationen in Budapest.

Budapest, 18. September. (S. L. B.) Unter dem Eindruck der gestern von der Polizei verübten Plutaten ist von einem Komitee ein Aufruf im Druck vorbereitet worden. In dem Aufruf wird die Bevölkerung zu Demonstrationen aufgefordert. Man erwartet für kommenden Sonnabend ernste Unruhen, da für diesen Tag Versammlungen seitens des Komitees einberufen sind. Die Polizei hat umfassende Maßnahmen getroffen.

Von der Cholera.

Petersburg, 18. September. (S. L. B.) Die Cholera greift immer weiter um sich. Am gestrigen Tage sind innerhalb 4 Stunden 905 Personen erkrankt und 115 gestorben.

Hamburg, 18. September. (S. L. B.) Am 2. Juli ist bei Wellington das Hamburger Schiff „Palmyra“ gestrandet. Von einem Boot wurden 14 Passagiere an Bord genommen. Am 22. August entlief die Rederei, der der Dampfer gebört, einen Dampfer, um das Boot aufzusuchen. Der Dampfer ist gestern zurückgekehrt, ohne von dem Boote oder der Besatzung eine Spur gefunden zu haben.

Osnabrück, 18. September. (S. L. B.) Durch ein sich überschlagendes Automobil wurden ein Arzt getötet, zwei andere Insassen verletzt.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 18. September: Gesellen-Ausschüsse. Sitzung im Zimmer 2. Vortrag des Genossen Reutlich.

Sonntag, den 20. September: Steinarbeiter. Vormittags von 10—12 Uhr: Kaffeetag im Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Achtung, Bezirksführer!

Die Mitglieder, welche am Montag ihren Beitrag nicht bezahlt haben, müssen unbedingt in der Wohnung kassiert werden; am besten eignet sich hierzu der nächste Sonntag. Wir ersuchen die Bezirksführer, im Abholen der Beiträge recht pünktlich und gewissenhaft zu sein, damit durch ihre Schuld kein Mitglied mit seinem Beiträgen in Rückstand kommt. Der Vorstand.

Die Wahlhelfer des Bezirks 24 (Distrikte 9, 9a u. 11), die noch Flugblätter brauchen, erhalten dieselben beim Distriktsführer H. Vogel, Wackerloosstraße 30 IV.

District 6.

Bezirk 12 (Posenerstraße unger. 1—45). Montag, den 21. September, Abends 8 Uhr, im Bezirkslokal: Zusammenkunft der Mitglieder. Wahl eines Bezirksführers und Bezirkskassierers.

Sachwis und Umgegend. Sonntag, den 20. September, Nachmittags 8 Uhr: Öffentliche Volksversammlung im Garten des Herrn Klinger. Vortrag des Genossen Paul Hübner-Breslau: „Die Ziele der Sozialdemokratie“. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. Frauen sind eingeladen.

Deutsch-Bissa und Umgegend. Fortsetzung der öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel. Sonntag, den 20. September, Nachmittags 3 1/2 Uhr, auf der Wiese des Herrn Liebig in Deutsch-Bissa, am Ende der Dyhernfurthstraße, geradenüber dem Gutsumfassen Baugewerk. Tagesordnung: 1. Die Bissaer organisierte Arbeiterschaft im Kampfe mit den Behörden um ihre gesetzlichen Rechte. Referent: Parteisekretär Schollich-Breslau. 2. Freie Aussprache für jedermann.

Verantwortliche Redaktion: Otto Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schömann. — Druck von O. Schömann & Co. in Breslau. — Herausgeber: Oskar Schömann.

Ring 19 Schuhwarenhaus „Fortuna“ Ring 19
 Bochersseite. Bochersseite.

Seltenes Angebot solange Vorrat.

- | | |
|--|--|
| Ein Posten Damen-Chevr.-Stiefel braun mit Lackkappen elegante Form 6.90 | Ein Posten Herren-Schnürstiefel elegante Form, Germ.-Boxcalf 6.90 |
| Ein Posten Damen-Chevr.-Stiefel schwarz, elegante Form 4.90 | Ein Posten Herren-Schnürstiefel mit Lackkappen, elegante Form 7.90 |
| Ein Posten Damen-Boxc.-Stiefel schwarz mit Lackkappen elegante Form 6.90 | Ein Posten Kamelhaar-Schnallenstiefel 1.25 |

Ballschuhe 1.65. Brautschuhe 2.90.
 Cirka 1500 Paar Kinderstiefel von 1.35 an

Schuhwarenhaus „Fortuna“

Stadt-Theater.
 Freitag, 7 1/2 Uhr:
 „Emilia Galotti“.
 Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
 „Sofmanns Erzählungen“.
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Der Rastelbinder“.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Iphigenie“.

Lobe-Theater.
 Freitag, 8 Uhr:
 „Ein Walzertraum“.
 Sonnabend, 8 Uhr:
 „Die lustige Witwe“.
 Sonntag, 8 Uhr:
 „Die lustige Witwe“.

Thalia-Theater.
 Fests-Vorstellung:
 Anfang 7 1/2 Uhr:
 Sonnabend, Gruppe B, 1. Vorstellung:
 „Simon“.
 Sonntag, 7 1/2 Uhr:
 „Deimat“.
 Bühnenverkauf Sonnabend von 10-12 Uhr
 im Thalia-Theater.

Schauspielhaus
 Freitag, 8 Uhr:
 „Ariel Acosta“.
 Sonnabend, 8 Uhr:
 Zum 1. Male:
 „Die Fledermaus“.
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 Kinder-Vorstellung:
 Gaußspiel der Silbustauer:
 „Der gestiefelte Kater“.
 Abends 8 Uhr:
 „Die Fledermaus“.

Liebig's Etablissement.
Sylvester Schäffer Jr.
 und das brillante
September-Programm.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater
Robert Neumann
Black Troubadours
6 Chinesen 6
 und das brillante
September-Programm.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Was wochentags zollt.

Zeltgarten.
 Dr. H. Krastnik.
Eröffnung
 der
Winterjation.
 12 Attraktionen.

Waren Sie schon
Steinernen Grund
 ?
 Die Pracht-Decorations
 müssen Sie sich ansehen!
 (Zeltgarten-Tunnel)
Zigeuner-Konzert.
 Entree frei!

Palmengarten
 Dr. H. Krastnik.
Die Winter-Saison
 ist eröffnet.
2 Kapellen!
Renovierter Saal!
Entree frei.

Grosser Zirkus E. Blumenfeld Wwe.
 auf den Teichäckern
 in Breslau.
 Heute Sonnabend,
 den 19. Septbr., nachm. 4 Uhr:
Größe große Familien-
Schüler- u. Kind-Vorstell.
 zu ermäßigten Preisen und mit
 vorzüglichem Programm.
 Kinder und Schüler zahlen:
 Logenpl. 1 Mk., Event. 75 Pf.,
 1. Platz 50 Pf., 11. Platz 25 Pf.,
 Gallerie 20 Pf.
 Erwachsene zahlen auf allen Plätzen
 die Hälfte der Abendpreise.
 Billets zu jeder Vorstellung
 sind von morgens 10 Uhr ab,
 am Zirkus zu haben. Sämtliche
 Schulen und Lehranstalten von
 Breslau sind hierdurch freundlichst
 zum Besuch dieser Vorstellung
 eingeladen.
 Abends 8 Uhr:
Gr. Parforce-Vorstellung
 mit glänzendem Programm.
 Sonntag, den 20. d. Mts.:
2 große Haupt- und
Fest-Vorstellungen!!!
 Nicht im Vorverkauf bei Lindau
 & Winterfeld, Olivastr. Ecke
 Feststr. für sämtliche Plätze, in den
 Plätzen nur L. H. Platz und
 Galleriebillets. Beobachtungswahl
Gebr. Blumenfeld.
 Direktoren.

Stempel, Schablonen, Pestschäfte, Orden etc.
M. Hübsch,
 Hintermarkt 97,
 Ecke Ring.
 Muster gratis u. postf.

Jede kluge Mutter
 gebraucht kein nur Erdbeeren, die aus dem
 Reich-Verlag Werner Schlegel,
 Breslau 1, Nikolaitstr. 21 gefertigt
 P. R. G. M., 4, 5, 8, 10, 12 Mk.
 Verickung ausgeschlossen.
 für Damen separ. L. Gg., Hausangew.
 Auswärts direkt Nachnahme.
 Zahlreiche Anerkennungen.

Herren-Hüte,
 hochzeitliche neuere Formen,
 Sportmäntel und Knabenhüte, alle
 Neuheit und billige Preise mit
 Friedrich-Wilhelmstr. Nr. 9 bei
 F. Paul, am Westplatz.

3000 Weckuhren,
 billig erworben,
 solange Vorrat reicht
Stück 1.70
 (sonst 3.00 Mk.)
 schriftliche Garantie.
 Günstige Gelegenheit
 für Wiederverkäufer.

P. Alter
 Uhrmacher,
 Kupferschmiedestr. 10
Knaben-Anzüge
 Arbeitshosen, Westen, Hemden,
 Stoffreste aller Art
 empfiehlt bei billigen Preisen
Martha Scholz
 Friedrich-Wilhelmstr. 66.
 Beste Schritte zur Selbstverwirklichung.
 Rasche Expeditionsfähigkeit.

Gewerkschaftshaus
 Margaretenstr. 17. 4435
Sonntag, den 20. September 1908:
8. Stiftungsfest des Verbandes der Bäcker u. Konditoren
 Mitgliedschaft Breslau,
 unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Echo“
 (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes),
 bestehend in Gesangsvorträgen, theatralischen Aufführungen
 und Ball.
 Um 7 1/2 Uhr **Große Verlosung!**
 Freitag 3 1/2 Uhr. — Anfang 4 Uhr. — Ende 7 Uhr.
 Programme im Vorverkauf 30 Pfg., an der Kasse 40 Pfg., Kinder 10 Pfg.
 Um recht zahlreichen Besuch bittet
 Das Komitee.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Weissstein.
Sonntag, den 20. September, im Gasthof zum Finsterbrunn:
Familien-Kränzchen (Rekruten Abschieds-Fest)
 Anfang 5 Uhr. 4437
 Es ladet freundlichst ein
 Der Vorstand.

A. Schumm's (W. Hänel's) Dampfbrennerei
 Gebr. 1748, Scheitnigerstr. 20 und Girischtr. 26 Tel.: 3926.
 empfiehlt seine Lokalitäten einer geneigten Beachtung.
Ausicht Haase'scher Biere und anerkannt
besten Getreidebrenns eigenen Fabrikats.
Kornbranntwein. 3236

Neuheiten in Damen-Hüten
 für Herbst und Winter, vom einfachsten bis elegantesten Genre.
 Frauen-Hüte von 2.50 Mk. an, stets vorräthig.
 Herren-, Damen- u. Kinderwäsche, Wollwaren, Tritotagen,
 Korsetts, Bijouterie- und Galanteriewaren, Puppen und
 Spielwaren, religiöse Auswähl. 4334
Außerordentlich billige Preise.
Louise Schindler, Reudorfstraße 66,
Lohestraße 67/69.

Billige Schirme!
Vollständiger Ausverkauf
 wegen Aufgabe meiner Filiale 4109
Abrechtsstraße 51, Ecke Schühbrücke.
Regenschirme für Herren und Damen
 von 1.75 an
Storliaseide von 2.75 an bis zu den besten reinseidenen.
Sonnenschirme zu Spottpreisen!
Spazierstöcke u. 50 Pf. an. Nur kurze Zeit!
 Saden-Einrichtung ist billig zu verkaufen.

Zur richtigen Saison empfehle ich mein großes Lager von
Schuhwaren
 in
Herren-, Damen- und Kinderstiefeln
 zu staunend billigen Preisen.
Martha Chrisimann, Geschäftsführerin.
 Auguste Koch.
 36 Scheitnigerstraße 36
 Bitte genau auf Firma zu achten.

Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben?
 Ein Führer durch das Recht der
 Staats- und Reichsangehörigkeit
 von
H. Weims.
 Preis 25 Pfennige.
Buchhandlung „Volkswacht“

8 Pf. Reformsler 8 Pf.
Pfänder-Auktion
 Anfang Oktober, 4434
 Lehramt Kurze-Casse Nr. 47, I. Etg.

Pfänder-Auktion
 Montag, den 21. September 1908
 Friedr.-Wilhelmstraße 61, I.
 Pfandleih-Institut. 4432
 Quartier, 1 schöne Wohnung 10 Mk.
 2. Etg., 1 schöne Wohnung 24 Mk.
 2. Etg., 1 schöne Wohnung 16 Mk.
 Waterloustraße 21, Bahn. 4438

Aquarium
 größeres, sechsseitig, mit allem Zubehör ist
 preiswert zu verkaufen. 4433
 Stadlarstr. Vorwerkstr. 15, 5. part.

Gebr. W. Möbel, Eberl, Veritow.
 Bettstellen, Sofas,
 Kommoden, ganze Stub-Einrichtung
 zu verkaufen, Friedrichstr. 66. 4439

Gummiwaren
Spülspritzen
 empfiehlt und versendet
A. Kindler,
 Breslau, Junkernstr. 35.

Für 1463
Zigarrenmacher!!
 Alle Rehtabake
 zur Zigarrenfabrikation emp-
 fehlen in größter Auswahl
 und zu billigsten Preisen
Carl Rother & Rode
 Breslau 1, Hummerl 28.

Cito-Panther- und Gloriaräder
 sind anerkannt die besten und leicht lauffähsten.
 Billige Preise. — Weisgehendste Garantie. 3508
Fabrik-Niederlage bei

Johann Swienty, Höfchenstraße Nr. 28,
 nahe der Gartenstr. — Tel. 10588.
 Mitgl. des Arbeiter-Radfahrer-Bundes.
 Großes Lager in Nähmaschinen. — Teilzahlung gestattet. — Große best ein-
 gerichtete Reparatur-Werkstatt. — Reparaturen schnell, sauber und preiswert.

Paul Hanschild jr.
 Friedrich-Wilhelmstraße 102. 4199
 Empfehle sämtl. Haus- u. Küchengeräte, Lampen,
 Werkzeuge für Tischler etc., Eisenerne Oefen
 zu billigsten Preisen.

Maurer! Zimmerleute! Arbeiter!
 Empfehle meine vorzüglichen Lederhosen mit und ohne Sach,
 sowie sämtliche Arbeitersachen. 4108

Eugen Hamburger, Bohrauerstr. 25,
 Ecke Nachbstr.

Uhren,
Ketten, Ringe.
 Nur gutes Fabrikat. 4207
Billigste Preise.
Max Frenzel, Uhrmacher,
 Friedrich-Wilhelmstr. 39.

Eingetroffen!
 ein Posten Herren-Hüte steif u. weich,
 schwarz u. farblich mit Futter. Nur gute Qualitäten.
 Serie I 1.95
 Serie II 2.50
 Serie III 3.50
Hut-Fabrik-Niederlage
 H. Schänfeld
 17/18 Schmiedebücke, Adalbertstr. 6,
 neben Reform-Str. 4431

Ausruf!
 Kaufe gebrauchte Möbel aller Art,
 sämtl. Hausat. geg. sofort. Zahlung.
 Wähler, Gartenstr. 86. 4439

Sehr preiswert
 kaufen Sie
Bigarren
 3 Stück 10 Pfg. und Stück 5 Pfg.
 bis zu den feinsten Marken.
Zigaretten
 Rauch-, Kaus- und Schmpf-Tabak.
B. W. Steinberg Nachf.
 Friedrich-Wilhelmstraße 16/18,
 Schaub-Schwerstr.

Das älteste, sachmännlich ge-
 leitete Gut-Geschäft vor dem
 Nikolaitor ist das vom

Gut-Banke
 Inh.: Joh. Tössmer
 Friedrich-Wilhelmstr. 23.



Hüte, nur gute, reelle
 Qualitäten, für
 Herren und Knaben.
Mützen, Stöcke, Schirme
 zu billigsten Preisen.
 Annahme sämtl. Gut-Reparatur.

Cito-Panther- und Gloriaräder
 sind anerkannt die besten und leicht lauffähsten.
 Billige Preise. — Weisgehendste Garantie. 3508
Fabrik-Niederlage bei

Johann Swienty, Höfchenstraße Nr. 28,
 nahe der Gartenstr. — Tel. 10588.
 Mitgl. des Arbeiter-Radfahrer-Bundes.
 Großes Lager in Nähmaschinen. — Teilzahlung gestattet. — Große best ein-
 gerichtete Reparatur-Werkstatt. — Reparaturen schnell, sauber und preiswert.

Paul Hanschild jr.
 Friedrich-Wilhelmstraße 102. 4199
 Empfehle sämtl. Haus- u. Küchengeräte, Lampen,
 Werkzeuge für Tischler etc., Eisenerne Oefen
 zu billigsten Preisen.

Maurer! Zimmerleute! Arbeiter!
 Empfehle meine vorzüglichen Lederhosen mit und ohne Sach,
 sowie sämtliche Arbeitersachen. 4108

Eugen Hamburger, Bohrauerstr. 25,
 Ecke Nachbstr.

Uhren,
Ketten, Ringe.
 Nur gutes Fabrikat. 4207
Billigste Preise.
Max Frenzel, Uhrmacher,
 Friedrich-Wilhelmstr. 39.

Eingetroffen!
 ein Posten Herren-Hüte steif u. weich,
 schwarz u. farblich mit Futter. Nur gute Qualitäten.
 Serie I 1.95
 Serie II 2.50
 Serie III 3.50
Hut-Fabrik-Niederlage
 H. Schänfeld
 17/18 Schmiedebücke, Adalbertstr. 6,
 neben Reform-Str. 4431

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Schluß des 8. Verhandlungstages.)

Die Debatte über die Budgetbewilligung

wird fortgesetzt. Auf den für Donnerstag geplanten Auszug wird allerseits verzichtet. — Für die Württembergerversammlung erhält das Wort Abg. Silberbrand-Süßgart:

Ich danke dem Parteivorstand, daß er uns in die Tagesresolution mit aufgenommen hat; denn daher können wir noch nachträglich unser Parteiverhalten vom vorigen Jahre rechtfertigen (Heiterkeit) und unsere volle rastlose Solidarisität mit den anderen süddeutschen Fraktionen bekunden. (Sehr gut! Bravo! bei den Süddeutschen.) Die Anträge gegen uns lauten auf Disziplinbruch und Parteiverrat. Seit Jahren spricht ja die „Volkswacht“ fortwährend von unseren parlamentarischen Kretinismus.

Ich habe es mir längst abgewöhnt, die „Leipziger Volkszeitung“ ernst zu nehmen. (Sehr gut! und Widerspruch.) So lange es die Leipziger Parteigenossen dulden, werden wir es ja dulden müssen, daß die „Leipziger Volkszeitung“ Tag für Tag jeden anständigen Mann anpöbelt. (Lebhafte Beifall und Widerspruch.) Wir sind nicht die ersten, die mit glühendem Eifer ausgedrückt werden sollen. Ich aber nehme für mich ein größeres Recht an Parteigenossigkeit in Anspruch als die Herren, die die Leipziger Parteigenossen gewähren lassen und uns zu beschimpfen. (Sehr gut!) Ich rege mich nicht über die „Leipziger Volkszeitung“ auf (Zuruf: Man merke!) — Heiterkeit, aber für den Vorwärts ist der Parteivorstand moralisch verantwortlich. (Sehr wahr!) Das er doch gegen den Willen der Partei aus eigener Machtvollkommenheit die Redaktion neu besetzt. (Zuruf: Was auch sehr notwendig!) Darum muß er diese Beschimpfungen gegen uns verantworten. Die Zustimmung zum Etat in Württemberg war keine Einseitigkeit, sondern genau bedacht. Wir hatten mit Rücksicht auf unsere Minderheit beschloffen, kein zu sagen. Aber noch am Tage der Budgetabstimmung entschlossen sich auch die Genossen aus der Minderheit, den wichtigsten Gründen der Mehrheit nachzugeben und für den Etat zu stimmen.

(Hört, hört!) Wir alle glaubten, im Dienste der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft zu arbeiten, wenn wir dem Etat zustimmten. Nicht aber wollten wir wohlüberlegt und bewußt die Partei schädigen. Niemand in der ganzen politischen Literatur hat in der Budgetanfrage eine besondere Vertrauensfrage gestellt. Wohl aber kann man aus der Budgetverweigerung, wenn sie annehmbarerweise erfolgt, ein wirksames Misstrauensvotum gestalten. (Sehr wahr!) Die regelmäßige Ablehnung der Budgets aber ist eine mächtige Waffe in der Hand unserer Gegner geworden. Selbst beachtenswerte Geister, die auch andere Argumente gehabt hätten, sind darauf hin umgefallen. (Zuruf: Lebhaft.) Ach, Ledebour, der Fischer geniert sich vor Ihnen nicht, wenn sich auch anderer andere vor Ihnen geniert. Der Grund, der uns nun veranlaßt, dem Etat zuzustimmen, war keine Gefährdung, Keiner von uns würde der preussischen Regierung irgend welche Konfession machen wollen. Aber die Württembergische Regierung kann nicht mit derselben Weisheit geschlagen werden, wie die preussische geschlagen zu werden verdient. Wir haben in Württemberg die volle politische Gleichberechtigung. Darum vermögen wir beim agitatorischen Bestreben nach Bewilligung des Etats ruhig nachzugeben. Großes Gewicht haben wir übrigens darauf nicht gelegt, genau so wenig wie die Berliner. (Unterbrechung.) Der Etat ist größer als der Württembergers und Berlin ist ja wohl auch in seiner Verwaltung ein Stück des Reiches. Gleichwohl haben die Berliner ... (Vielfache Zurufe: Niemals fürs Budget gestimmt! Unwahr!) Genossen! Wie können Sie mich für so dummen halten, daß ich hier antrete, ohne etwas in der Hand zu haben. Denn mit den Berlinern ist doch auf dem Parteitag schlecht gesprochen worden, und Berlin ist ja diesmal besonders geküßt am Platz. (Heiterkeit und Widerspruch.) Der „Vorwärts“ hat nämlich der „Münchener Post“ hartnäckigen Mangel an Wahrheitsliebe vorgeworfen, weil sie an der Behauptung festhielt, daß die Berliner Stadtverordneten für den Etat stimmten.

Ich war tatsächlich neugierig, ob die Münchener genau so schlechte Kerle seien wie die im „Vorwärts“. (Gr. Heiterkeit.) Und da habe ich zu meiner außerordentlichen Ueberraschung entdeckt, daß sie genau so gute Kerle sind wie wir. (Heiterkeit.)

Denn nach dem Protokoll der Berliner Stadtverordneten-Versammlung wurde der Etat in der Gesamtsitzung debattiert angenommen. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen, energischer Widerspruch der Berliner.) Ja, so könnten wir es auch haben, aber wir dürfen ja nicht stillschweigen, wenn der große Staatsakt kommt. (Heiterkeit.) Genosse Limon hat ganz mit Recht gesagt, daß es sich hier um die Frage des gegenseitigen Vertrauens handelt und um weiter nichts.

Schon durch die bisherigen Debatten ist unsere Stellung im Lande so untergraben worden, daß es uns schwer fallen wird, das allgemeine Vertrauen der Wählerschaft wiederzugewinnen. (Stürmischer Beifall.)

Mit dem Misstrauen belastet werden wir den Genossen ausgeliefert. Ihnen duldet man die Waffen in die Hand. Es widerstrebt mir zu sagen, daß, wenn Sie uns nicht die nötige Freiheit lassen, ein Unfall geschehen könnte.

Sieber verzichte ich auf die Mitarbeit!

Aber ganz unzulässig können wir, mit der Vorstandesresolution belastet, die parlamentarische Tätigkeit fortsetzen (Sehr richtig.) Dann können und dazu dürfen Sie es nicht bringen, weil Sie damit unrecht hätten, weil Sie einen Beschluß fassen, dessen Tragweite Sie nicht erweisen können, unter dem Sie selbst nicht zu leiden hätten. (Lebhafte Beifall.) Weibel hat heute, wie ein Parteiführer es tun muß, in verblüffender Weise gesprochen. (Zuruf: Im Gegensatz zu Ihnen.) Ich bedauere, daß wir nicht einen Viktor Adler im Parteivorstand haben, der ihm sagt, daß in parlamentarischen Fragen nicht geredet, sondern gehandelt werden muß. (Sehr gut!) Aber gestern in unserer Unterredung hat Sieinger gesagt, daß wir ein Ende machen müßten mit der Einseitigkeit und Vereinfachung der Gegenstände. (Hört, hört!) Wenn das einer von uns aus dem Gefühl der beleidigten Ehre herankam, würde man ihm das sehr übel nehmen. Ein Mann aber, der an der Spitze der Partei steht, hat doppelt die Aufgabe zu empfangen und nicht zu trennen. (Stürmischer Beifall.) Die Anklage auf Parteiverrat und Disziplinbruch weise ich von mir. Aber die erste Aufgabe des Parteivorstandes wäre gewesen, uns vor diesem Sigma zu schützen. (Sehr wahr.) Nach dem Parteitag wird alles wieder ruhig sein. So ging es auch nach den erregten Debatten über die Frage der Landtagswahlbeteiligung in Preußen, in der Vizepräsidentenfrage und bei den anderen Gelegenheiten. Stets wurden wir als halbe Parteigenossen behandelt, ehe man unseren Ratsschlagen folgte. Der Parteivorstand sollte es endlich verhindern, daß in dieser Weise Leute unsere Politik zu bestimmen suchen, die keine Verantwortung tragen. (Weibel ruft: Ganz unzulässig.) Keine Partei der Welt läßt sich ihre tatsächlichen Beschlüsse von Leuten vorschreiben, die nicht mit uns kämpfen, sondern aus nur dirigieren wollen. (St. Beifall.) Ich habe nicht das Verdienst, schon einmal verurteilt zu haben (Heiterkeit), aber es wird noch eine Zeit kommen.

wo auch in der Budgetfrage eine andere Abstimmung des Parteitagess notwendig werden würde, wenn Sie dann noch jemand provozieren wollte. (Sehr gut!) Deshalb bedauere ich es, daß wir jetzt so viel Meinen, so viel Generale an diese Fragen haben setzen müssen. Der Antrag des Parteivorstandes ist für uns unannehmbar. Wir sind der Überzeugung, daß Sie uns damit einen Beschluß aufdrängen wollen, der unsere Erfolge vermindert, und unsere Stellung erschwert. Auch wenn Sie diesen Antrag annehmen, sind wir nicht der Pflicht überhoben, beim nächsten Budget zu prüfen, ob es das Interesse der Partei erfordert, dafür oder dagegen zu stimmen. Nur werden wir uns dann besser versehen und den Parteivorstand in die Lage versetzen, mit uns zu beraten und die Verantwortung mitzutragen. Aber die Annahme der Resolution wird uns in unserer Stellung schädigen und uns in unserer Ehre kränken, und das wollten Sie nicht tun im Interesse der Einheit und Geschlossenheit unserer Partei. (Lebh. Beifall.)

Für die bayerische Minderheit erhält das Wort mit 30 Minuten Redezeit Abg. Simon-Münchberg:

In der Pressen-Polemik ist von beiden Seiten über das Ziel hinauszugeschossen worden. Aber die unzulässige Verhärterung ist in den ganzen Streit erst hineingetragen worden durch die Ausnahmeverweigerung seitens des bayerischen Landesvorstandes. (Lebh. Zustimmung.) Wenn die bayerische Landtagsfraktion glaube, mit den Württembergern nicht mehr auskommen zu können, können, so hätte sie an den Parteitag gehen und eine Aenderung beantragen sollen. (Sehr gut!) Dann wären diese parteischädigenden Diskussionen vermieden worden. (Sehr wahr!) Zu eben aber will ich, daß unsere bayerischen Abgeordneten überzeugt waren, sich im Rahmen der Württembergischen Resolution zu bewegen. (Zuruf ruft: Warum denn dann eine Aenderung?) Die Popularität der bayerischen Genossen steht außer Frage. Aber sie sollten es nicht so darstellen, als ob sie allein noch Fühlung mit der großen Masse hätten.

Nicht ein bayerischer Parteigenosse hat von uns verlangt, daß wir für den Etat stimmen sollten. (Hört, hört!) Auf dem bayerischen Landestag hat niemand auch nur ein Wort von dieser Zustimmung gesprochen. Wenn wir dem Etat abgelehnt hätten, so hätte niemand uns daraus einen Vorwurf gemacht. In unserem bayerischen Landtagswahlbuch haben wir erklärt, daß nur grobe Unkenntnis des Parlamentarismus oder der Wunsch nach Zurückführung der Massen unsere Budgetverweigerung rechtfertigen könne. (Sehr gut!) Wir hätten auch diesmal den Etat verweigern können, ja, wir hätten dazu eine besonders günstige Gelegenheit (Hört, hört!), denn wir hätten gegen den Kultusminister v. Wehner den Vorwurf des Verlassens der bayerischen Sache erhoben und die Einleitung einer Ministeranfrage verlangt. (Sehr gut!) Das ist unser Entschlossenheit!

Das habe ich wieder durch die Budgetabstimmung verloren! Das hätte selbst der dümmste Wähler verstanden, daß wir einem Ministerium den Etat nicht bewilligen können, das einen verfassungswidrigen Minister bezieht. (Sehr wahr!) Das vielgelobte Beamtengeleit ist ein Ausnahmefall geblieben. (Hört, hört!) Zustimmung.) Das Ministerium, das wegen einiger kräftiger Worte für seine Beamtensoldaten den Lehrer Behl am Gefängnis hat, wird auch den Lehrer Maßregeln, der entscheidend sozialdemokratische Propaganda treibt, und die Trennung der Kirche von Staat und Schule fordert. (Sehr wahr!) Man kann auch nicht Reichspolitiker und Landespolitiker trennen. Die bayerische Regierung hat der Auflösung des Reichsausschusses ausdrücklich zugestimmt. (Vielfache Hört, hört!) Die Budgetabstimmung mit einem Tarifabschluß verleiht, beweist nur, daß er von Tarifverleuten nicht verfehlt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen jetzt die Handlungen der Regierung und der Mehrheitsparteien loben. Das ist für die Sozialdemokratie ein beispielloses Beispiel.

(Sehr wahr.) Im Vorjahr haben wir nachgewiesen, daß die Erhöhung der Beamtensoldaten nicht einmal der Verteuerung der Lebensverhältnisse ausgleichen konnte. (Hört, hört!) Jetzt geben wir dem Zentrum die Waffe in die Hand, daß es außerordentlich gut für die Arbeiter und Angestellten gefordert habe. (Hört, hört!) Bei der alten Taktik der Budgetverweigerung sind wir groß und stark geworden. (Sehr wahr!) Wenn wir die Indifferenzen nicht ablassen wollen, so müssen wir gleich mit dem ganzen Parteiprogramm aufräumen. Besser ist, wir bemühen uns, die Massen aufzuklären über den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen dem Proletariat und den regierenden Klassen und ihrer Sachwalterin, der Regierung. (Stürmischer Beifall.) Die Mehrheit der Fraktion sagt, daß sie eine Majorität nicht annehmen könne. Aber was nicht aus die Dresdener Resolution eine Majorität. (Sehr wahr!) Ich habe schon anerkannt, daß die bayerischen Genossen geglaubt haben, die Württembergische Resolution ehrlich anzunehmen. Aber sie haben sie eben falsch ausgelegt. (Sehr wahr!) Darum müssen wir eine Erklärung geben. Wenn wir aber die Pflicht der Vertretung der Arbeiterschaft ernst nehmen, wird uns das möglich sein, einen Weg zur Verständigung zu finden. (Stimm. aus. Beifall.)

Für die bayerische Minderheit spricht

Abg. Eichhorn-Frogsheim:

Die bayerische Minderheit erklärt in der Zustimmung zum Etat einen Verstoß gegen die Württembergische Resolution. (Lebhafte Zustimmung.) Sie nimmt auch für sich das Recht in Anspruch, daß sie die Frage ernsthaft geprüft und erwohnen hat. Aber obwohl sie fünf von zwölf Mittglidern umfaßt, hat man ihre Einwände nicht beachtet. Die Mehrheit war nicht loyal genug, mit ihren Absichten schon an den vorjährigen Parteitag in Essen heranzutreten. Sie hat aber nicht einmal den Anstand beiseite alle bedingten Abgeordneten von ihren Absichten zu unterrichten und zu den Konferenzen einzuladen. (Hört, hört!) Sie hat auch nicht unseren Wünschen nachgegeben, den Parteivorstand um eine Erläuterung der Württembergischen Resolution zu bitten. Wenn also jemand die Verantwortung trägt für die unangenehmen Debatten der letzten Zeit, so ist es die Mehrheit der süddeutschen Landtagsfraktionen (Stürmischer Beifall.) Ich bin im letzten Jahre selten im Landtage gewesen. (Zuruf: Barnack!) Ich war so oft da, wie die anderen Genossen, die ein Reichstagsmandat haben, wie Frank und Lehmann. Aber ich kann mir aus langjähriger Erfahrung ein Urteil über die bayerische Politik wohl erlauben.

Man hat von Amisenträgern gesprochen, um die Sache auf das persönliche Gebiet zu verschieben. Warum hat man nicht den Mut, die Namen zu nennen? (Sehr gut!) Man hat die Konferenzen als harmlos hingestellt. Aber schon am Morgen nach der Stuttgarter Konferenz stellte man mir ganz offiziel mit, daß man mit Simultigkeit festgestellt habe, daß man für den Etat stimmen sollte. (Hört, hört!) So gar keil sei derselben Meinung. (Heiterkeit.) Darüber können wir auch durch die Annahme der Resolution Frohne nicht hinaus; denn man will ja gerade den Parteivorstand nicht als Instanz anerkennen, weil er mit den bayerischen Verhältnissen nicht vertraut sei und von seiner Befonderheit nichts verstehe. Man hat es ja sogar von dieser Tribüne aus gepriesen, wenn Parteigenossen sich weigern, Mehrheitsbeschlüsse anzuerkennen. Man hat dem Ansehen Dresdachs damit keinen Dienst erwiesen. Seit wann ist es denn eine Schande für Sozialdemokraten, ihren bürgerlichen Gegnern zu sagen, daß sie

an die Beschlüsse der Partei gebunden

sind? (Sehr gut!) Innerhalb unserer Partei, der die Disziplin so notwendig ist, muß es gerade für die Abgeordneten größte Pflicht und Aufgabe sein, sich den Mehrheitsbeschlüssen unterzuordnen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Ich habe damals nicht gegen Dresdachs polemisiert wie das im letzten Winter unter Parteigenossen leider

mehrfach im Reichstage und Landtage geschah, aber ich habe noch in der Debatte desselben Tages meine Auffassung von der Württembergischen Resolution ganz klar dargelegt. Die bayerische Regierung ist durchaus Klassenpartei und ist von uns in der schärfsten Weise bekämpft worden. (Sehr wahr!) Selbst selbst hat die Klassenjustiz gegen Freiländer Arbeiter und im Falle des Dr. Friedeburg ausübte schärfste Gewalt, ebenso die Zeugniszwanghaft gegen den Genossen Wed. Er hat selbst geschrieben, daß die bayerische Regierung eine Schwärzung nach rechts zur Realisation vorgenommen habe, und daß die Volkswacht in Baden das Asehen beddel sei. (Hört, hört!) Der bayerische Apfelbaum trägt also sehr warmstehende Früchte. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere angeblich ausschlaggebende Stellung ist in der That nur einmal zur Geltung gekommen. Auch wir folgen diesen Verhandlungen mit schwerem Herzen. Man darf uns nicht den Vorwurf machen, daß wir den Streit frivol vom Saame gebrochen haben und die Parteigenossen bristieren wollen. Aber die

Württembergische Resolution ist das mindeste, was angenommen werden muß.

(Lebhafte Zustimmung.) Denn Klarheit müssen wir haben, sonst wird nicht auf die tiefste Ebene der Opportunitätspolitik kommen, die uns aus dem Rahmen des Parteiprogramms heraus in eine kompromittierende Politik führt, wie wir das bei anderen Parteien zu ihrem Schaden gesehen haben. (Stürmischer, oft wiederholter Beifall.)

Die Weiterverhandlung wird auf Donnerstag Vormittag vertagt.

Personlich bemerkt Stinger, daß er mit seinen Ausführungen in Übereinstimmung den Standpunkt der Süddeutschen nur von jemanden ährt werden könne, der künstlich etwas in seine Worte hineinsagen wolle. Bei den gestrigen Verhandlungen habe gerade er betont, daß die Württembergische Resolution richtig, nicht trennen solle. Deshalb sei jedes Wort daraus entfernt, was nur im geringsten als Vorwurf gegen die süddeutschen Genossen ausgelegt werden könnte.

Schluß 7 Uhr.

Münchberg, 17. Sept. 1908.

Seite wurde die Debatte über die Budgetfrage

so fortgesetzt und zwar kommt immer abwechselnd ein Redner für und ein Redner gegen die Budgetbewilligung zum Wort. Der erste Redner war

Reichstagsabgeordneter Frohne,

der dem Parteitag folgenden Antrag zur Annahme empfahl:

„Der Parteitag beschließt von neuem die Resolution des Württembergischen Landes und beschließt, um Streitigkeiten über eine eventuelle ausbleibende Gründe notwendig erscheinende Zustimmung zum Budget zu vermeiden, daß sich die Fraktionen in den Einzelanträgen darüber einig machen, daß die Fraktionen in den Einzelanträgen darüber einig machen.“

Redner fährt aus: Dieser Antrag entspricht dem Bestreben, die hochgehenden Meinungsdivergenzen, die über die Frage der Budgetbewilligung entstanden sind, nach Maß der Möglichkeit zu beseitigen. Die Resolution des Parteivorstandes ist aus mehreren Gründen für uns nicht annehmbar. (Beifall.) Die Frage der Budgetbewilligung selbst will ich nicht entscheiden. Mein Antrag geht von der Ansicht aus, daß es nicht angängig, ja nicht bedenklich ist, der Württembergischen Resolution irrationale Verhältnisse zu geben. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Wir halten es für unangebracht, den bayerischen und bayerischen Genossen irgendwelche Titel auszusprechen. Man mag kritisieren, aber man darf nicht tadeln. Die Württembergische Resolution reicht nach unserem Dafürhalten vollständig aus, um die Grundlage abzugeben für eine von Parteimitgliedern entsprechende Regelung dieser Streitfrage. (Sehr richtig!) Wir wollen hier kein Gericht abhalten, sondern wir wollen mit den Süddeutschen zusammen diese Frage entscheiden, sobald die Partei keinen Schaden leidet. (Sehr richtig!) Ob zwingende Gründe für die Zustimmung zum Budget vorliegen, das ist Ansichtssache. Jedenfalls nehme ich hier mit allem Nachdruck und äußerster Entschiedenheit das Bekenntnis in Anspruch, daß die Süddeutschen in der besten und rechtfertigbarsten Absicht so gehandelt haben, wie sie handeln zu müssen glaubten. (Beifall und Handklatschen bei den Süddeutschen.) Man soll doch nicht die Unvollkommenheiten, die in einer Sache selbst liegen, eine große Aufmerksamkeit entgegen lassen. (Sehr gut!) Ich beschneide die Württembergische Resolution an. Dort wird gesagt: Die Zustimmung zum Budget ist nur dann zulässig, wenn sie in der Sache vorliegt. Die Württembergischen und Bayern sagen, ihre Gründe seien zwingend gewesen. Wenn das der Fall ist, dann dürfen wir die süddeutschen Genossen nicht mit einem Diktum und Anruf belasten, der zweifellos ihre Autorität und ihr Ansehen in den Kreisen der Wählerschaft ganz erheblich erschüttern kann. Die Frage der Budgetbewilligung ist nicht leicht zu nehmen. Das weiß ich. Aber sie ist

für mich keine Prinzipienfrage,

sondern lediglich eine Frage der Taktik. Wenn man will, kann man so leicht aus der menschlichen Natur und ebenfalls auch aus der unvollkommensten Sache eine Prinzipienfrage machen. (Lebh. Zustimmung.) Wenn schon dadurch, daß unsere süddeutschen Genossen aus den erwähnten Gründen für das Budget gestimmt haben, die Klassenamphibiose gebildet werden soll, dann ist man schließlich so konsequent und verwerfe den Parlamentarismus überhaupt. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.) Die Resolution des Parteivorstandes enthält unzulässige Widersprüche. Jede Politik des Unterganges soll verboten sein. Ich nicht jedes Arbeiterengesetz, das wir ablehnen, ein Gegenentwurf gegenüber den herrschenden Klassen? (Sehr richtig!) Die Arbeiterkassenfrage werden doch von den Gegnern nur gemacht, um uns das Wasser abzurufen, und trotzdem stimmen wir für diese Gesetze. (Sehr richtig.) Wir sagbaren und gar nicht auf den Vorlaut unseres Antrages, wir wollen nur einen Boden schaffen, auf dem beide Teile treten können. Zum ersten Mal wird die Württembergische Resolution zur Meinungsverschiedenheiten Anlass. Da kommt man gleich zu einer Verzweiflung, hat Parteien und eine Auswegung zu schaffen, die dem Geiste und der Tendenz der Württembergischen Resolution entspricht. (Sehr richtig!)

Solange ich reden und schreiben kann,

werde ich jeder Gefahr, die Partei durch unnütze und aufreibende Diskussionen zu schädigen und zu zerschütten, mit äußerster Entschiedenheit entgegenzutreten. (Stimm. Beifall b. d. Südd.) Ich denke, wir haben in der 40jährigen Parteigeschichte genug gelernt. (Anh. Beifall b. d. Südd.)

Reichs- und Landtagsabg. Wed. Offenburg:

Ich bitte, den Antrag Frohne abzulehnen und die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission anzunehmen. (Anh. Beifall b. d. Südd.) Die Süddeutschen taugen ja nicht, daß die erfolgreiche Zustimmung zum Budget eine Ausnahme gewesen sei. Vorstand und Kontrollkommission haben die richtige Lösung im beiderseitigen und allgemeinen Parteinteresse gefunden. (Zuruf b. d. Südd.: Ja! Ja! Ja! b. d. Rabitalen.) Man hat den Geist unseres verstorbenen Ehrhabten heraufbeschworen. Die Ueberzeugung Ehrhabts in allen Ehren — und ich will zugeben, daß er der Vorstandesresolution viel mehr nicht zugetraut hätte (Sehr richtig! b. d. Südd.) — aber das Eine hätte er getan: er hätte anerkannt, daß diese Resolution getragen ist von der wohlmeinenden und ehelichen Absicht (Stimm. Unterbr. b. d. Südd.) der ernsthaften Pflichterfüllung im Dienste der Partei. (Erneut stärm. Unterbr. b. d. Südd.) Er hätte anerkannt, daß diese Reso-

Ich bin nicht entsetzt von unvernünftigen Reden, sondern von...
Die Deklaration, die Sie der Abänderungsresolution geben, ist eine...
Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...
Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

Redakteur Dr. Weiss-Rüchberg:
Die Budgetbewilligung braucht keineswegs ein Vertrauensvotum zu sein, sie kann auch eine Demonstration sein, wie die Beispiele in Berlin und Sachsen beweisen...
Die Budgetbewilligung braucht keineswegs ein Vertrauensvotum zu sein, sie kann auch eine Demonstration sein, wie die Beispiele in Berlin und Sachsen beweisen...

Frau Clara Zetkin-Stuttgart:
Alle drei Redner von gestern, die die Budgetbewilligung verweigerten, haben von dem lieben, aber schlechterinformierten Parteivorstand gesprochen, der ein Gesangschor sei und der durch Zwischenträger aufgehebt werde...
Alle drei Redner von gestern, die die Budgetbewilligung verweigerten, haben von dem lieben, aber schlechterinformierten Parteivorstand gesprochen, der ein Gesangschor sei und der durch Zwischenträger aufgehebt werde...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

Ich habe in meiner 39-jährigen Parteitätigkeit die Erfahrung gemacht, dass zu gewissen Zeiten immer eine Frage aufsteht, die uns aufregt, und nachher wissen wir selbst nicht, weshalb wir uns die Köpfe abgeschliffen haben...

auszuweisen mag, wobei, welchen Nutzen man sich bringt, in welcher Weise man glaubt, zu einer Republik und zu einer anderen Gesellschaftsordnung gelangen zu können. Es kann keine Rede von einer Vergewaltigung der Süddeutschen durch die Resolution des Reichstages sein. Noch gilt der demokratische Grundsatz, daß die Minderheit klagen muß. Klage und Klage muß ein solches opportunistisches Fortwärteln unterbunden werden.

Kolb-Karlsruhe

Neu zunächst dem Genossen Karl Kolb in Aussicht, daß er sich mit ihm wegen der persönlichen Differenzen auf dem Badenertag Freitag noch auszusprechen werde. (Lachen.) Man hat ja auch aller Welt verkündet, daß mit ein kleines Journalistisches Kolb habe einen Stimmungsbericht einer Kammerkammer, in der auch er sprechen sollte, verfaßt und in Druck gegeben, hinterher aber war, da Juppel in diesem Tage über Karlsruhe megalur, die Stimmung ausgefallen und trotzdem der Bericht erschienen. Bebel hat in einem Briefe an die „Welt“ von Karlsruhe, auf diesen Vorfall aufmerksam gemacht, und die „Welt“ hat keine Veranlassung, darauf jetzt einzugehen, denn die Fronte des Schicksals will es ja auch, daß der „Vorwärts“ nicht wieder solche Dummenheiten machen wird, nachdem ihm selbst ein ähnliches Mißgeschick passiert ist. (Große Heiterkeit.) Genosse K. K. hat mich ermahnt, mitzutun, daß es ihm gegen genau so gegangen ist. (Erneute Heiterkeit.) Bebauert ist nur, daß Kollegen von der Kunst noch einem Strohhalm greifen um einen Genossen, der anderer Meinung ist wie sie, das Genie zu brechen. (Beifall und Heiterkeit.) Ich bebaure, daß unsere Genossen

in Gotha nicht die Mehrheit im Landtag

bekommen haben, dann würde die Logik der Gegner in Schweren gegangen sein. Es hätte sich dann gezeigt, welche Utopie es ist, anzunehmen, daß die Sozialdemokratie in dem Augenblick, wo sie in einem Einzelkandidat die Mehrheit erhält, einen sozialistischen Staat ausstellen kann. Glauben Sie, wir könnten in Baden durch Mehrheitsentscheidungen beschließen, daß das Großherzogtum in abgeklärt? Die Sachen liegen doch nicht so, wie sie sich aus dem in seinem Studierbüchchen ausbreiten. Wir werden auch über diese Budgetfrage in einigen Jahren hinweg sein. Wenn es so richtig ist, wie Bebel es sagt, dann würden ja er und wir alle hundertmal gegen die Privatisten im Parlament verstoßen. Oder sollen wir dort Komödien spielen und die Mittel nur der Regierung anbieten und dann abhaken? Dann dürften wir auch keinem Gesetze die Zustimmung geben, denn im Klassenstaat werden ja die Gesetze nicht als Gesetze, sondern als Mittel zum Zweck angesehen. (Sehr richtig!) Bebel hat uns darauf hingewiesen, daß wir trotz der Substanzabnahme trotz Erfolge in Baden gehabt haben. Aber die Frage kann auch anders gestellt werden. Er hätte uns fragen sollen, ob wir nicht vielleicht unter der jetzigen Last noch mehr größere Erfolge erzielt hätten. (Beifall und Widerspruch.) Weil wir die Massen brauchen, müssen wir unsere Lasten abnehmen, um sie zu gewinnen. Das Zentrum in Baden ist heute ganz anders, als wenn es die Mehrheit haben würde. Wir würden dann die Konstitutionskommission in Baden bekommen und es würde ein Verbrechen an der Partei sein, wenn wir das nicht zu verhindern suchen. (Sturm, Beifall und Gelächter.) Bebel hat, daß er solche Zerkleinerungen nicht gern sehe. Das ist ja sehr schön, man sieht solche Zerkleinerungen so lange nicht gern, als man sie nicht selbst macht. (Widerstand bei den Reichstägern.) Die Reichstägern können gut reden, sie würden es auch so machen, wenn sie es könnten. (Seltener Widerspruch bei den Reichstägern.) Wir können in diese demokratisch-historische Wahrheit nicht hineintrinken, wie wir die Resolution unter keinen Umständen billigen, weil sie unsere parlamentarische Aktionsfähigkeit lähmt und uns jede parlamentarische, agitatorische und organisatorische Tätigkeit unterbindet. (Widerstand bei den Reichstägern.) Nun, die Reichstägern sind ja schon so lange Zeit das konterbative, konservierende Element in der Partei gewesen. (Heiterkeit.) Nur wenn es galt, einen Schritt in der Richtung und im Programm vorwärts zu machen, dann waren sie nicht dabei. Nachher wollten sie es aber immer gewesen sein. (Auf: Dazu sind sie ja viel zu beschneidet! - Heiterkeit.) Wenn Sie keinen Bruch wollen, dann einzeln Sie sich auf die Resolution Frohme. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen. Klagen bei der Mehrheit.)

Karl Rautsch

Von den Budgets in den Kommunen spreche ich nicht. Denn von ihnen ist in der Resolution mit keiner Silbe die Rede. Außerdem sind Staat und Gemeinde grundverschiedene Organisationen. (Sehr wahr!) Ich spreche nur von der Abstimmung der süddeutschen Genossen selbst. Bayern wurde uns gestern als ein Land vollendeter Demokratie, Freiheit und Arbeiterfreundlichkeit dargestellt. Es ist gar nicht so lange her, daß wir das Gegenteil hörten. (Sehr wahr! b. d. Mehrh.) Wenn wir das Budget ablehnen, können wir frei und rücksichtslos Kritik üben, wenn wir aber das Budget annehmen,

machen wir uns mit schuldig

an der Wirtschaft des Klassenstaates. (Sehr wahr!) Um den Massen unsere Zustimmung zum Budget begreiflich zu machen, müssen wir den Klassenstaat loben, und das ist der verhängnisvollste Grundfehler. (Lebh. Zustimmung.) Damit stellen wir unsere ganze Agitation auf eine andere Grundlage. (Sehr wahr! b. d. Mehrh., Widerspruch.) Die Budgetbewilligung ist keine süddeutsche Frage, auch keine Frage der Führer, sondern eine Frage der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands. (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit.) Eure Siege sind auch unsere Siege, aber die Fehler, die Ihr macht, fallen auch auf uns Norddeutsche zurück. (Sehr wahr!) Wir haben deshalb ein Recht, dreinzureden. (Sehr wahr! b. d. Mehrh.) Es gibt keine ausschließlich vorkämpfige Frage, Praxis ist immer angewandtes Prinzip. In der Theorie kann man verschiedener Meinung sein, aber in der Handlung müssen wir absolut einheitlich bleiben. (Sturm, Beifall.) Man kann ein guter Parteigenosse sein und braucht nicht an die materiellen Gesichtspunkte zu glauben, aber man kann kein guter Parteigenosse sein, wenn man sich den Beschlüssen des Parteitag nicht fügt. (Sturm, Beifall b. d. Mehrh.) Wer sagt, daß jeder frei entscheiden müßte.

ist kein Sozialdemokrat, sondern ein Anarchist

(Lachen bei der Minderheit.) Der Einzelne bedeutet nichts, er wird nur etwas, wenn er sich mit Gleichgesinnten verbindet. Diese Unterordnung, dieses Opfer an Freiheit, das freiwillig gebracht wird für den Gewinn an Macht, ist kein Rabaverschick. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Ich verweise Sie auf das Beispiel von Hauze, der, obgleich im Beginn Budgetbewilliger, jetzt mit der Mehrheit gegen das Budget stimmt. Dadurch hat Hauze an Achtung und Vertrauen nicht verloren, sondern gewonnen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Wenn nun der Parteitag nicht mehr das Recht haben soll, Beschlüsse zu fassen, so schaffen wir ihn ein'ach ab. Ich bitte Sie, lassen Sie sich nicht davon abhalten, die Resolution des Reichstages anzunehmen. (Stürmischer anhaltender Beifall bei der Mehrheit, große Unruhe bei der Minderheit.)

Walter-Hürnberg:

Bebel sagte gestern, daß auf die bürgerlichen Parteien kein Verzicht sei und keine bürgerliche Partei in Preußen das Landtagswahlrecht einführen würde. (Sehr wahr! b. d. Mehrh.) Aber das beweist nur, daß die Verhältnisse im Norden andere sind als die Verhältnisse im Süden. Auch die bürgerlichen Parteien sind bei uns anders. Die Budgetabstimmung ist keine Frage des Klassenkampfes, sondern eine Frage des politischen Tageskampfes. (Lebh. Zustimmung b. d. Südd.) Keine nicht von Berlin, der Kommissar des Disziplinierungsausschusses in die Welt geschleudert worden, so hätte die ganze Frage

nicht die große Bedeutung gewonnen. (Wiesaches sehr richtig! b. d. Südd.) Man behauptet immer noch, daß die Masse nicht hinter uns stehe. Als Leiter der größten Organisation Süddeutschlands erkläre ich hiermit, daß wir, Männer und Frauen, trennend fest zu unseren Angehörigen stehen.

(Sturm, Beifall b. d. Südd. und vielfache Rufe von den Zuschauersbänken: Jamohl! Jamohl!) Die Resolution des Parteivorstandes will keinen Frieden stiften, sondern den bestehenden Zustand verschärfen und dagegen wehren wir uns mit aller Entschiedenheit. (Bravo b. d. Südd.)

Reichstagsabg. Richard Fischer (Berlin):

Als ich gestern Bebel sprechen hörte, glaube ich, daß eine Verständigung leicht möglich sein würde. Nachdem ich aber heute Nachmittag Segh gehört habe, glaube ich das nicht mehr. Ich glaube nicht mehr, daß auf allen Seiten der gute Wille zur Verständigung vorhanden ist. Wer so redet, wie Segh, arbeitet nicht auf Verständigung hin, sondern auf den Bruch. (Lebh. Beifall b. d. Mehrh.) Es kommt mir so vor, als ob Ihr bloß so redet, um die Verantwortung für den Bruch auf andere abzuschieben. (Sehr wahr! b. d. Nordd.) Ebert soll der Scharfmacher sein und der Parteivorstand soll den Genossen Bebel wegen seines persönlichen Verhaltens gerüffel haben. Ich verstehe nicht, wie man so etwas sagen kann. (Lebh. Sehr wahr!) Wenn Bebel auf das Schlusswort verzichtet hat, so bin ich stolz darauf, wenn den ersten Schritt dazu getan zu haben, um ihn dazu zu veranlassen. Denn ich glaube, es nicht verantworten zu können, wenn wir ihm bei seinem Gesundheitszustand eine solche Anstrengung zumuten. (Sehr wahr!) Ich bin der Beste, der treuen und guten Willen nicht anerkennt. Wer wenn Ihr zur Verständigung gelangen wollt, dann dürft Ihr nicht solche Behauptungen aufstellen. (Lebh. Beif. b. d. Mehrh.) Segh, ich begreife nicht, wie Du, wenn Du Deine 5 gelunden Sinne hast, glauben kannst, daß wir Berliner die Mittel für die Polizei bewilligen würden. (W. Dr. David ruft: Ihr habt es doch aber getan! Lärm b. d. Berl.) Es kommt doch darauf an, ob jemand die Absicht gehabt hat, für das Budget zu stimmen, wie Ihr es gehabt habt. (Sehr richtig! b. d. Nordd.) Ich will jedes Opfer bringen, um zu einer Verständigung zu kommen.

Deshalb beantrage ich in der Resolution des Parteivorstandes

den Satz, daß die Budgetbewilligung in Baden, Bayern und Württemberg unvereinbar gewesen sei mit der Süddeutschen Resolution, zu freigesch.

(Lebh. Widerspruch bei den Berl. und Leipz., Juruf: Das nehmen wir unter keinen Umständen an.) Ich empfehle Ihnen die Annahme dieses Antrages, weil es mit der Einigkeit ernst ist. Ihr habt Euch auf Viktor Adler berufen. Aber bei aller Seelenanhaftung mit Euch hat auch Adler nicht anders tun als sagen können: Der Weg, den Ihr gehen wollt, ist falsch. Ich verstehe nicht, wie Segh solche unverantwortlichen Zuträgereien hat glauben können, wie er hier wiederzugeben hat, solchen Quatsch, daß der Parteivorstand gewisse Leute aus der Partei herauswerfen wolle. Ich habe doch auch mit dem Parteivorstand einige Fühlung und müßte doch davon etwas wissen. Nein, was Ihr hier begehren wollt, wäre ein Verbrechen. (Sturm, langanhaltender Beifall bei den Nordd.) Um solche Bagatellen mühen könnt Ihr doch die Einigkeit nicht zerstören. (Sturm, Beif. b. d. Südd. Juruf: Wir sagen ja immerzu, daß es eine Bagatelle ist!) Ihr seid doch sonst so stolz auf das, was Ihr geleistet habt. Sucht heute einmal Euren Stolz darin.

für die Einigkeit Opfer zu bringen.

Wenn die Genossen Luxemburg ausgeführt hat, welche schlimmen Folgen Euer Vorgehen haben können, so braucht Ihr das ja nicht zu berücksichtigen. (Heiterkeit.) Ich bitte Euch, um des lieben Friedens willen, und um nicht den Gegnern das Schauspiel der Zersplitterung zu geben, stellt Euch auf den Boden meines Antrages. (Lebhafter Beifall und Fischen.)

Den Schluss der Donnerstag-Sitzung, an welche ich infolge der unverantwortlichen Zuträgerei des Genossen Nimmerfall eine erregte Geschäftsordnungsdebatte knüpfte, veröffentliche ich morgen. Bebel ist dem Schlusswort aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Nimmerfall hatte den Süddeutschen jedoch zuzutragen, Bebel sei wegen zu geringer Schärfe vom Vorstand zum Rücktreten genötigt worden. In der vermeintlichen Verteidigung Bebel's durch die Süddeutschen entstanden die heftigsten Zusammenstöße, die von den bürgerlichen Blättern in üblicher Weise übertrieben worden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. September.

* „Eduard Bernstein's Flucht“. Die „Breslauer Zeitung“, die bekanntlich das Gras wachsen hört, bringt unter obiger Überschrift einen Zeitartikel, der ein unglaubliches Konglomerat phantasierender Produktionen eines Herrn Karl Rumbel darstellt. In dem Artikel wird lang und breit auseinandergesetzt, daß und weshalb Eduard Bernstein „entschlossen“ sei, „den Staub der Heimat von den Pantoffeln zu schütteln und dauernd nach England überzusiedeln“. Wir haben Grund zu der Annahme, daß das Döhlle-Blatt hat etwas läuten hören und nicht weiß, wo die Glocken hängen, denn auf unsere telephonische Anfrage in Berlin erklärt uns Genosse Bernstein nämlich, daß er gar nicht daran denke, Berlin zu verlassen. Die Ente des Herrn Rumbel sei jedenfalls aus der Lausitz geboren worden, daß die Familie Bernstein beabsichtige, von der Rosenhainerstraße 5 nach Rosenhainerstraße 7 „überzusiedeln“. Es macht sich deshalb besonders gut, wenn der Artikel-Schreiber der „Bresl. Ztg.“ im eifrigsten Wiedermeierstil und Ton schreibt:

„Es ist bezeichnend für die Haltung, welche die Sozialdemokraten vor der Weimarer Revolution haben, daß ein Bernstein sich jetzt gewaschen hat, Deutschland den Rücken zu wenden und dorthin zurückzuziehen, wofür er einst von dem Polizeiminister v. Bülow verwiesen worden ist. Eugen Richter schildert in einem „Sozialdemokratischen Jubiläum“, wie im sozialdemokratischen Zukunftsstaat die Bürger über die Grenze flüchten, weil im Vaterland die Unterdrückung jeder persönlichen Freiheit unerbittlich geworden ist. Der Fall Bernstein und Bernstein's Übersiedelung nach London lehrt, daß diese Schilderung gegen Richter kein Phantasiereprodukt ist. Schon im Gegenwartskampf gibt es ein Zurückziehen, die bürgerlichen Parteiverhältnisse sind der Ferne zu bewundern, weil er die Erfahrung gemacht hat, daß auch innerhalb der Sozialdemokratie die Bestimmung der Bestimmung nur auf dem Papier steht: Jeder Versuche hat das Recht, durch Wort und Schrift seine Meinung frei zu äußern.“

Wer laßt da nicht? Wahrlich: Von dem jedem Staatsbürger zustehenden Rechte, sich nach Belieben zu blamieren, macht die „Bresl. Ztg.“ einen etwas allzu reichlichen Gebrauch.

* Wie notwendig ist doch die staatliche Versicherung der Privatbeamten. Bei dem Breslauer Lanjmannsgericht liegt ein Mann, der 20 Jahre als Subalterner und Expedient in Betrieb der chemischen Fabrik „Silesia“ thätig war, unvorsichtig tödlich war. 2. April hat für ihn Prämien eine Pension läßt eingerichtet und der Expedient hat 20 Jahre lang Beiträge für

die Kaffe geleistet in der Hoffnung, für das Alter versorgt zu sein. Im Jahre 1906 wurde der Mann entlassen, angeblich, weil er sich gegen den Direktor respektlos benommen haben soll. Er praxefizierte gegen die Firma vor dem ordentlichen Gericht, das ihn schließlich für unguftändig erklärte. Der Kläger fordert 640 Mk. Gehaltsentschädigung und Anerkennung seiner Pensionsansprüche. Kläger gibt an, er sei bereits pensionsberechtigt und die jährliche Rente betrage 1886 Mk., einzeln habe er in den 20 Jahren an Beiträgen gegen 8600 Mk. Die Beklagte seien ihm allerdings zurückgezahlt worden, er habe sie jedoch nur gegen Vorbehalt angenommen und seinen Rechte sich nicht begeben. Der Beklagte behauptet, daß mit der Entgegennahme der Beiträge die Sache erledigt sei. Uebrigens sei Kläger noch nicht pensionsberechtigt, da er nicht arbeitsunfähig. Der Prozeß, der für weite Kreise von großem Interesse ist, dürfte noch eine längere Zeit bis zu seiner Verhandlung erfordern, er erigt deutlich, daß die Privat-Pensionskassen keine Sicherheit für's Alter bieten. Der Mann ist Familienvater von 6 Kindern.

Gegen die Gefindevermieter und Stellenvermittler.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat folgende Verfügung erlassen: „Obwohl durch Riffer 12 der Vorschriften vom 5. März 1907 den Gefindevermieter und Stellenvermittlern jede Einwirkung auf die Dienstleistung Verpflichtete dahin, daß sie ihre Stellung mit einer anderen veräußern, verboten ist und durch Riffer 19 ihnen sowie ihren Angestellten und deren Angehörigen über den Dienstleistung Verpflichteten und Dienstberechtigten ohne besondere Antrag außerhalb der Geschäftsräume unterlagert, wollen die Klagen über das Treiben von Agenten, die unter anderem Verprechungen die ländlichen Arbeiter zur Aufgabe ihrer Stellung veranlassen und damit der Landwirtschaft in den ländlichen Provinzen Arbeitskräfte entziehen, nicht verkommen.“ Der Minister hat deshalb die Regierungspräsidenten ersucht, die Ortspolizeibehörden auf die angeführten Bestimmungen hinzuwirken und ihnen das strenge Vorgehen gegen herumziehende Stellenvermittler oder Gefindevermieter oder Angestellte solcher Gewerbetreibenden zur Pflicht zu machen. Sollten sich nach den inwärtigen gewonnenen Erfahrungen insbesondere auf Grund gerichtlicher Entscheidungen die in Rede stehenden Vorschriften nicht als ausreichend erwiesen haben, so wünscht der Minister unter eingehender Darlegung der Gründe und Befugung einer Abschrift der gerichtlichen Entscheidungen Bericht.“

Der Minister ist also nur um die Agrarier besorgt, daß Treiben der Seelenverkäufer im großen und ganzen, insbesondere für unheilvolles Bedenken der Dienstmädchen usw., bedrückt den Minister anscheinend viel weniger.

Gegen den Vertrieb von Pferdewurst unter falscher

Flagge, da die bisherigen Maßnahmen nicht imstande waren, das Uebel anzukämpfen, mit neuen gesetzlichen Bestimmungen zu verfahren. Die die „Allgem. Fleischwurst“-Erfahrung, haben Erhebungen statt, um ein Gesetz vorzubereiten, in dem für den Verkauf von Pferdewurst bezüglich der Verpackung ähnliche Bestimmungen getroffen werden, wie für den Verkauf von Marcarine. Es soll äußerlich kenntlich gemacht werden, daß sich in dem Papier Pferdewurst befindet.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr Mittags.

1. Ihre Frau kann nicht gezwungen werden, Ihnen nach dort zu folgen. 2. Für den Unterhalt der Kinder haben Sie zu sorgen und Geld zu schicken.

2. Geldstrafe. Die gewünschte Adresse können wir Ihnen nicht angeben.

3. Neu-Zeilbrunn. 1. Ob die Verträge Gültigkeit haben, hängt von der richterlichen Entscheidung ab, ebenso die Freigabe der Sachen. 2. Wird der Gläubiger zur Freigabe verurteilt, so muß er auch die Kosten tragen. Eine Veränderung von Sachen hat für den Gläubiger nur dann einen Wert, wenn er sich auch im Besitz der verpfändeten Sachen befindet. Ist dies nicht der Fall, so können Sie, wie auch in Ihrem Falle geschehen, von einem anderen Gläubiger gepfändet werden.

4. Die Firma hat Sie für den Tag, an dem wegen Reinsauna der Werkstatt nicht gearbeitet wird, zu entschädigen.

Aus der Geschäftswelt.

Der Stolz der Hausfrau ist eine blendend weiße Wäsche. Zur Erzielung einer solchen hat sich seit 25 Jahren Dr. Thompsons Seifenpulver, Marke Schwan als das beste Waschmittel bewährt. - Ueberall zu haben.

Am 16. d. Mts. verstarb nach langen Leiden unser Kollege

Gustav Räder

im besten Mannesalter von 39 Jahren.

Er ruhe in Frieden!

Seine Kollegen und Kolleginnen von **Rabatt & Guttman.**

Beerdigung: Sonntag vormittags 11 Uhr von der Leichenhalle in Rothkretscham. 4430

Zentralverein der Arbeiter u. Arbeiterinnen, Filiale Breslau.

Am 18. d. Mts. verschied nach langen Leiden unser Kollege

Gustav Räder

im besten Mannesalter von 39 Jahren an der Proletarierkrankheit. Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Beerdigung: Sonntag, den 20. d. Mts., vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle in Rothkretscham. 4429

Todes-Anzeige.

Am 16. d. M. verschied nach langen, schweren Leiden unser langjähriges Mitglied, der frühere Restaurateur

Herr Karl Scholz

im Alter von 61 Jahren. 4441

Sein Andenken wird in Ehren gehalten

Der Lotterieverein Brandenburg.

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Brandenburgerstrasse 7, statt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. September.

Geschichtskalender.

19. September.

1802 Der ungarische Freiheitskämpfer Ludwig Kossuth.
1870 Paris wird von den preussischen Truppen eingeschlossen.

Das neueste Fiasko der Polizei.

(Politische „Verbrecher“ vor dem Jugendgericht.)

Es war ein eigenartiges Bild, das am Donnerstag die Verhandlung gegen zehn gegenwärtige und frühere Vorstandsmitglieder der Breslauer Freien Jugendorganisation bot, die vor dem Jugendgerichtshof anstand. Zum ersten Male sahen wir vor diesem Gericht Angeklagte mit erhobenem Kopfe, die sich wohl bewußt waren, daß sie sich des ihnen zur Last gelegten „Verbrechens“ nicht zu schämen brauchten, daß es vielmehr weit eher eine Schande ist für unser Staatswesen, daß solche Prozesse möglich sind. Und eigenartig war das Bild, das der Vorsitzende bot. Wir haben bisher auch an dem Richter von Herrn Dr. Franz persönlich, noch nichts auszuweisen gehabt, sein Verhalten aber war dazu angetan, allgemeines Mißtrauen zu erregen. Im Zuschörerraum durfte niemand stehen; die wenigen Anwesenden mußten vielmehr ganz im Hintergrunde auf der Bank Platz nehmen. Selbst die bei Gericht besonders zugelassenen Verteidiger stießen ihm auf die Ferse, wenn sie sich vorn an die Rampe stellten. Hat es wohl den Herrn Vorsitzenden nervös gemacht, eine ganze Anzahl Jugendlicher vor sich zu sehen, die sich frei von aller falschen Scheu bewegten, gar keine Reue zeigten und von denen ganz sicher feststand, daß sie „unverbesserlich“ seien? Auch die Art der Verhandlung entsprach unseres Erachtens durchaus nicht dem vorliegenden Gegenstande. Die Angeklagten, denen zur Last gelegt war, als Vorstandsmitglieder Personen unter 18 Jahren in ihren Verein aufgenommen zu haben und zum Teil selbst noch als Personen unter 18 Jahren einem politischen Verein anzugehören, erklärten, daß sie in ihrer Jugendorganisation lediglich Bildungsbestrebungen verfolgten, worauf vom Vorsitzenden die völlig unangebrachte Bemerkung fiel: „Durch solche Vorträge (wie sie nach politischen Aufzeichnungen gehalten worden sein sollen) wird manches hübsche Bildnis noch herbeigeholt.“

Die Anklage stütze auf den Berichten der beiden Polizeikommissare Amelung und Kunert über je einen Vortrag, den die Genossen Rablos und Philipp gehalten hätten. Für den Vortrag waren in der Freien Jugendorganisation Regitationen aus Schiller vorgelesen gewesen, die aber von der Polizei als ein „Verhängnis“ betrachtet und verboten worden waren. Genosse Rablos hatte deshalb einen Vortrag über die Genossenschaftsbewegung gehalten und dabei einleitend auch die Hungersnöte gestreift, die der 1848er Revolution vorausgingen. Nach unserer Meinung handelte es sich dabei lediglich um eine Schilderung historischer Tatsachen, während das nach der Auffassung der Polizei „Politik“ gewesen sein soll. Der Vortrag von Philipp handelte vom Jugendschutz, und sollte es hier Politik gewesen sein, daß der Redner Ausführungen dahingehend gemacht hätte, daß wir das hübsche Jugendschutz nicht als eine Wohlthat erhalten hätten, sondern nur deshalb, weil der Staat Soldaten braucht. Im übrigen mußten beide Kommissare ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß die Jugendorganisation in der Hauptsache nur Bildungsbestrebungen huldigt und die Politik nur gelegentlich einmal von einem Redner gestreift worden sei.

Der Staatsanwalt hielt natürlich trotzdem für erwiesen, daß die Jugendorganisation ein „politischer Verein“ sei und be-

antragte, die gegen die Angeklagten ergangenen Strafbefehle über zwei bezw. vier Mark zu bestärken.

Von der Verteidigung wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß der Verein den Zweck haben müsse, auf politische Fragen einzuwirken, wenn eine Bestrafung erfolgen sollte. Nach dem Statut seien aber Erörterungen politischer und religiöser Art ausgeschlossen. Politische Vorträge seien, wie das Protokollbuch des Vereins ausweist, auch nie gehalten worden, dagegen Vorträge über Schiller, Angengrüber, über Schindliteratur und dergleichen. Die Angeklagten seien deshalb freizusprechen. Von tiefen selbst wurde unter anderem noch darauf hingewiesen, daß die Jugendorganisation auch die Abstammungsbewegung zu fördern trachtet. Und auf die wenig angebrachte Frage des Vorsitzenden, weshalb man sich denn „gerade den Ruf nach zum Rezitieren Schillerscher Gedichte ausgesucht habe, wurde ihm von einem 17-jährigen Angeklagten treffend erwidert: Einmal, weil das in ganz Deutschland üblich und erlaubt ist (nur in Breslau nicht!) und so kann, um durch eine solche Zusammenkunft die jungen Leute vom Wirtshausbesuch und Herumtreiben abzuhalten.

Das Urteil lautete, wie wir gestern bereits berichtet, auf Freisprechung aller Angeklagten. Das Gericht war zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Jugendorganisation kein politischer Verein sei. Wenn auch von den vielen Verfamulungen in zweien ein Redner einmal das politische Gebiet gestreift habe, so gehe daraus doch nicht hervor, daß der Verein Politik betreiben wolle.

Das Fiasko war damit also für die Polizei besiegelt, obwohl man dem Vorsitzenden wirklich nicht nachsagen kann, daß er den Bestrebungen der arbeitenden Jugend besonderes Wohlwollen entgegengebracht hätte. Und wer gönnte nicht der unfehlbaren Breslauer Polizei von Herzen auch eine Niederlage gegenüber jugendlichen Handwerkerlehrlingen!

Der Polizeipräsident berichtigt.

Wir erhalten aus der Ullrichstraße folgendes Schreiben: Die Redaktion ersucht ich auf Grund des § 11 des Reichspressgesetzes vom 7. Mai 1874 um Aufnahme nachstehender Berichtigung:

Der in Nummer 218 der „Volkswacht“ vom 17. d. M. enthaltene Artikel mit der Spitzmarke „Die Gewissenhaftigkeit der Breslauer königlichen Polizei“ enthält durchweg unrichtige Tatsachen.

Die III. Ferienkammer des hiesigen Landgerichts hat bei dem königlichen Polizeipräsidenten nicht angefragt, „an welchem Tage in Breslau der Termin für die letzten Landtagswahlen öffentlich bekannt gemacht worden sei“, die betreffende Requisition der Gerichtsbehörde hatte vielmehr folgenden Wortlaut:

„In der Straßstraße pp. ersuche ich das königliche Polizeipräsidenten um schleunigste Auskunft ergeben, an welchem Tage die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in diesem Jahre stattgefunden haben und insbesondere, an welchem Tage die amtliche Bekanntmachung des vorgezeichneten Wahltages erfolgt ist. Termin zur Hauptverhandlung steht hier am 15. September 1908 an.“

Der Vorsitzende.
gez. (Unterschrift).“

Hierauf ist umgehend folgende Auskunft erteilt worden: Der Polizeipräsident Breslau, den 12. September 1908.
Ma. P. 2964/08.

In der Straßstraße pp. erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 11. September 1908 ergeben, daß die Wahlen zum Hause der Abgeordneten hier selbst am 16. Juni 1908 stattgefunden haben. Der Wahltag ist durch Bekanntmachung des Herrn Ministers des Innern im Extrablatt zu Nr. 15 des Amtsblatts der königlichen Regierung zu Breslau am 8. April 1908 veröffentlicht und durch den Magistrat unter Nr. 21. Mai 1908 mittels Anschlag publiziert worden.“

Die in dieser Auskunft enthaltenen Angaben sind durchaus zutreffend; der in Bezug genommene öffentliche Anschlag ist derjenige, welcher die Einladung zum Wahlmännerwohlen-termin publiziert.

Ob bezw. wann etwa eine auf die Wahlen bezügliche Bekanntmachung auch im Breslauer Gemeindeblatt erfolgt sei, war

zur Zeit der Auskunftserteilung, die dem Wunsch der requirierten Behörde gemäß unverzüglich erfolgte, aus den diesseitigen Akten nicht ersichtlich. Zu einer Feststellung dieses Punktes lag auch nicht die geringste Veranlassung vor, da derselbe rechtlich völlig unerheblich war und es lediglich auf die amtliche Bekanntmachung des Herrn Ministers des Innern im Reichsamtblatt ankam. (Das stimmt nicht, denn gemäß dem kommt es darauf an, wann der Wahltermin zur Kenntnis der Angeklagten gekommen sein konnte. Das ist oft genug geschehen.) R. d. B.)

Der Vorwurf der falschen bezw. nicht gewissenhaften Auskunftserteilung ist daher völlig unberechtigt.

Dr. Dientz.

Das Preßgesetz zwingt uns, der Verteidigung Raum zu geben. In Wirklichkeit wird durch diese Verteidigung aber die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß der Vorsitzende der Breslauer Strafkammer, Herr Langgarter, sich direkt hat, daß die Zustände des Polizeipräsidenten falsch gewesen ist. Wir haben zudem auch die Möglichkeit der richterlichen Feststellungen noch einmal nachgeprüft, bevor wir die Sache der Öffentlichkeit übergeben, und unsere Nachprüfung hat ergeben, daß die Feststellung des Gerichts-Vorsitzenden richtig und die Auskunft des Polizeipräsidenten tatsächlich falsch gewesen ist. Tatsächlich stand an der Spitze des Breslauer Gemeindevorstandes vom 19. April folgende amtliche Bekanntmachung:

Wahlen zum Abgeordnetenhaus.

Für die Wahlen zur einundzwanzigsten Legislaturperiode des Reichstages der Abgeordneten habe ich auf Grund der § 17 und 23 der Verordnung vom 30. Mai 1874 (Gesetz-Sammlung S. 205) als Wahltermin:

für die Wahl der Wahlmänner:
den 3. Juni d. Js.

für die Wahl der Abgeordneten:
den 16. Juni d. Js.

festgesetzt. Wo infolge der Einführung von Früh- oder Gruppenwahlen (Art. I § 3, 4 des Gesetzes vom 28. Juni 1906 Gesetz-Sammlung S. 318 ff.) die Beendigung der Wahlen an den bezeichneten Tagen nicht möglich ist, sind die Wahlen der Wahlmänner am 4. und 5. Juni, die Wahlen der Abgeordneten am 17. Juni fort- und zu Ende zu führen.

Breslau, den 8. April 1908.

Der Minister des Innern.

Vorsiehender Erlaß wird hiermit veröffentlicht.

Breslau, den 15. April 1908.

Der Magistrat hiesiger königlicher Haupt- und Residenzstadt.
(Ma. 1015/08.)

Das ist die amtliche Publikation des Wahltermins und es dürfte nicht mehr mit richtigen Dingen zugehen, wenn das Polizeipräsidenten das nicht wüßte. Und über diesen Termin und seinen anderen hat das Gericht Auskunft verlangt. Am 21. Mai erfolgte durch Anschlag die Bekanntgabe der Wahllokale. Was haben denn aber die Wahllokale mit dem Reichsvereinsgesetz zu tun? Unsere Kritik war demnach durchaus nicht unberechtigt, sondern vollkommen begründet und muß man sich nur wundern, wie angesichts dieser Tatsache das Polizeipräsidenten uns noch mit einer Berichtigung zu behelligen magt.

Sitzung der Stadtverordneten.

Der wichtigste und vor allem für die Stadtfinanzen bedeutsamste Punkt der gestrigen Tagesordnung war zweifellos das Referat des Stadtverordneten Dettinger über den Hauptabschluß des Stadthaushalts für das Jahr 1907. Er kann noch unter die finanziell guten Jahre rubriziert werden, da die hauptsächlichsten Einnahmequellen der Kommune noch ergiebig flossen und gegen den Voranschlag ein beträchtliches Mehr aufwies. Das gilt zunächst von den Einnahmen aus direkten Steuern, die 500,000 Mk. mehr einbrachten als veranschlagt und von den Betriebswerke, unter ihnen namentlich nur die Gas- und Elektrizitätswerke, mit einem Mehr von 750,000 Mark. Dies gute Ergebnis wird allerdings durch die indirekten Steuern zum erheblichen Teil wieder ausgeglichen. Nahmen hier zwar auch noch die Einnahmen aus Schlachtfleisch und Lustbarkeitssteuer ansehnlich zu, so wurden diese Zunahmen doch durch den noch erheblicheren Ausfall von 350,000 Mk.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Eben Hedbin ist nach einem Telegramm aus Kalkutta, in der Tracht eines tibetanischen Lama's in Simla, der Sommerresidenz des englischen Vizekönigs, an den Abhängen des Himalaja, eingetroffen. Der lässige Forscher hat also keine gefährliche Peste im Herzen Afrikas, durch Gebiete, in die bisher kein Europäer drang, glücklich überstanden. Binnen kurzem denkt er die Weiterreise nach London anzutreten.

Aus aller Welt.

Graf Zeppelin über Parseval. Unmittelbar nach der ersten Kunde von dem Absturz des Parseval-Balons wandte sich das „V. L.“ telegraphisch an den Grafen Zeppelin mit der Bitte, seine Meinung über den Unfall mitzuteilen. Der Verfasser des starren Systems entsprach diesem Wunsch mit folgendem Telegramm: Ich bedauere außerordentlich den Unfall des Parseval, den ich seiner Beweglichkeit wegen für die wertvollste Ergänzung der starren Luftschiffe im Kriegsfalle gehalten habe. Meine Ansicht über das nicht-starre System habe ich schon öfters zu erkennen gegeben, und es widerstrebt mir, in einem Augenblick, in dem das Luftschiff eines bewährten Konstrukteurs aus einem mir unbekanntem Grunde einen Unfall erlitten hat, durch Wiederholung meines Urteils die öffentliche Meinung gegen ein in gewissen Grenzen brauchbares System einzunehmen. Graf Zeppelin.

Die Cholera in Petersburg. Von vorgestern auf gestern sind in Petersburg 220 neue Erkrankungen an Cholera und 53 Todesfälle zu verzeichnen. In den Hospitälern Petersburgs spielen sich täglich tragische Szenen ab. Da kommt der Vater, dem der einzige Sohn an Cholera erkrankt ist. Der Kranke ringt mit dem Tode. Da erscheinen fünf kleine Kinder, die hören, daß ihre Mutter, das Letzte, was ihnen auf der Welt geliebt, den furchtbaren Suche erlegen ist. Sie wollen zu ihr und müssen gewaltsam davon zurückgehalten werden. Da steht eine schreckende Mutter, der die Cholera ihre beiden Lieblinge im Laufe weniger Stunden geraubt, nachdem sie ihnen eine Wasserwelle vorgelegt hat. Alle diese Leute wollen ihre Toten zum letzten Mal sehen und hören

nicht auf die Ermahnungen der Ärzte. Sie suchen selbst den Tod durch Injektion. Unter solchen Bedingungen spielen sich überall herzerregende Szenen ab.

Nach Petersburg wird noch von anderer Seite telegraphiert: Die Stadt Kremenchuk ist für Choleragefährlich, die Gouvernements Woroneß, Kiow, Orel, Poltawa, Cherson, die Stadt Nicolajew, das Terekgebiet, die Wolga von Twer bis Rybinsk und die Ladogalanäle sind für Cholera bedroht erklärt worden.

Meuterei englischer Marinetruppen. Nach übereinstimmenden Berichten englischer Blätter wird aus Plymouth gemeldet: Ein von einem Kreuzer, der mit Ablösungsgruppen nach Australien fährt, angekommener Brief weist, daß die Schiffsbesatzung die Dienstvorschriften an fast allen Kanonen gestrichelt, um ihrer Unzufriedenheit wegen schwerer Arbeiten zur Nachtzeit Ausdruck zu geben. Der Schaden wird auf viele hundert Pfund geschätzt; der Kreuzer wurde für eine Zeit unbrauchbar zum Gefecht. Die Angelegenheit wurde dem Admiral bei der Ankunft in Colombo gemeldet. Daraufhin wurden bis zur Entdeckung der Schuldigen alle Freizeiten der Offiziere und der Mannschaft beschränkt, so die Rantine geschlossen und das Rauchen verboten.

Ein Tobsüchtiger im Krankenhaus. Ein entsetzliches Drama hat sich im Pariser „Hôpital de la Pitié“ unter den Augen der Kranken abgepielt. Hier lag im Saal Bierry ein Kranter namens Barloy, der sich eines Spezialleidens wegen seit drei Wochen in Behandlung befand. Barloy zeigte sich von Anfang an sehr ungerührt und klagte insbesondere über heftige Kopfschmerzen. In der Nacht zum Montag kam die Tobsucht plötzlich zum Ausbruch. Der Kranke erhob sich in der Nacht, setzte sich an den in der Mitte des Saales befindlichen Tisch und begann Postkarten zu schreiben. Auf die Ermahnung des diensthabenden Wärters Mercier legte er sich zwar wieder zu Bett, er stieg aber bald wieder heraus, froh völlig nackt hinter den Beinen entlang bis zu dem Stuhl des Wärters und stürzte sich auf den Abwangslofen, den er zunächst mit den Fäusten bearbeitete, um ihn schließlich ein Messer in den Kopf zu stoßen. Auf das Geschrei des Wärters waren die Kranken herbeigeeilt, Barloy stürzte durch den Korridor, baute sich aus den Knien ein Treppchen, gewann so die Hofmauer, stürzte aber ab und blieb mit verletzten Beinen auf dem Trottoir der Rue Daubenton liegen. Mit dem Messer, das er auf die Flucht mitgenommen, stieß er der hilflos am Boden liegende Tobsüchtige zwei schwere Verletzungen bei,

denen er wenige Stunden später erlag. Der Zustand des überfallenen Krankenwärters ist ernst, aber nicht hoffnungslos.

Die letzte Freude. Eine jener kleinen Tragödien, die ebenso wichtig und erregend wirken, wie die großen Dramen, hat sich dieser Tage in Paris abgepielt. Ein Blumenhändler in der Rue de Providence beobachtete, wie ein kleiner, etwa zwölfjähriger und sehr hübsch geblibter Knabe mit begehlichen Augen die vor dem Laden auf der Straße stehenden Blumentöpfe anstarrte. Wütend ergriff das Kind einen Topf mit Geranien und ließ davon. Der Blumenhändler setzte dem Flüchtigen nach und stellte ihn an der nächsten Straßenecke. Auf dem Polizeirevier erzählte der kleine Dieb trauernden Auges folgende Geschichte: „Wir sind sehr arm. Mein Vater ist tot und meine Mutter ist schwer krank. Sie sagt, daß sie bald sterben wird, und daß sie wenigstens ein Blumen haben möchte, damit es nicht ganz so trostlos aussteht. Und da ich doch kein Geld besitze, habe ich den Blumentopf fortgenommen, um ihn meiner Mutter zu schenken.“ Nun laßt mich aber wieder laufen, meine Mutter wird sich schon sehr ängstigen. Ich will es auch nie wieder tun.“ Durch die Erzählung gerührt, begab sich der Blumenhändler mit dem Reviervorstand in die Wohnung. Man fand hier alle Angaben des Knaben bestätigt. Der Reviervorstand sorgte sofort dafür, daß ein Arzt geholt wurde, und der Blumenhändler schickte der Kranken bald darauf zwei wundervolle Töpfe mit blühenden Rosen.

Bei dem Gruben-Unfall auf Zech „Laura“ sind eine Meldung auf Nachen zufolge nach neuerer Feststellung acht Arbeiter getötet und vierzehn verletzt worden, unter diesen die meisten schwer.

Ein Skandal in der Münchener Bagerie. Unter den Ghuraffisten der „Bagerie“ in München sind einer Meldung aus München zufolge schwere sittliche Verfehlungen festgestellt worden. Infolgedessen haben sich mehrere Eltern veranlaßt gesehen, ihre Söhne aus der Anstalt zu nehmen. Die Bagerie ist eine Erziehungsanstalt für Söhne adeliger Eltern.

Ermordung einer Deutschen in Antwerpen. Einem schaurigen Verbrechen ist man, wie aus Brüssel gemeldet wird, in Antwerpen auf die Spur gekommen. In der Schelde wurde am Dienstag Abend ein Schwere stark verwesene Leiche einer völlig unerkennbaren Frau gefunden. Die Ermordete ist, wie gestern festgestellt wurde, eine Deutsche, namens Schmidt aus Saarburg. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft ist ein Sohn der Ermordeten aus erster Ehe verhaftet worden. Er soll die Tat vor etwa 10 Tagen begangen haben, um seine Mutter zu bestrafen.

Deis, 17. September. Auch vom „Voll“ erwählte Richter. Zu der am Montag, den 5. Oktober beginnenden Schwurgerichtsperiode sind folgende „Voll“richter als Schwärmer benannt worden: 12 Rittgutsbesitzer, 2 Rittgutsbesitzer, 1 Majoratsbesitzer, 1 Majoratsbesitzer, 4 Erbfolgebefugter, 1 Gutbesitzer, 2 Kaufleute, 1 Apotheker, 1 Fabrikbesitzer, 1 Rentier, 2 Branereibesitzer, 1 Brauereibesitzer und ein königlicher Oberbesitzer. — Wehe „Voll“ kann man wirklich nicht verlangen.

Freiburg, 18. September. Feuer. In einer Scheuer des Dominikus Piffelwits brach Feuer aus und löschte das Gebäude, das die Ernte von 70 Morgen Weizenland enthielt, vollständig ein. Außerdem verbrannten zwei Wagen und verschiedene Ackergeräte. Das Feuer scheint gleichzeitig an zwei verschiedenen Stellen angelegt worden zu sein.

Schweidnitz, 18. September. Schwere Automobilunfall. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich vorgestern Nachmittag auf der Hauptstraße. Dort wurde das fünfjährige Tochterchen des Schneidmachers Streit von einem daherkommenden Auto überfahren und schwer verletzt. Desinnungslos wurde die Kleine in die Wohnung ihrer Eltern gebracht, wo ihr ärztliche Hilfe zuteil wurde. Das Gesicht des Kindes war fürchterlich entstellt.

Schweidnitz, 17. September. Müßiggänger ohne gleichen. Der Arbeiter-Radfahrerverein „Vorwärts“ aus Kollentbrunn nahm am Sonntag an einer Feiertagsfeier des Reichsbanner-Brudervereins teil. Auf dem Nachhausewege konnten der herrschenden Dunkelheit wegen die Fahrer nicht bemerkt werden, und die Radfahrer legten den Weg zu Fuß, ihre Räder schleppend, zurück. Mäßig fuhr ein Führer ohne Licht mitten in die Radler und überfuhr den Maurer Schick. Das Führerfahrzeug suchte nach dem Vorfall so schnell wie möglich zu entkommen, jedoch gelang es noch, den Fahrer des wilden Fahrers trotz hartnäckiger Weigerung festzunehmen. Es ist der Güterbesitzer Veer aus Kollentbrunn, allen Mitgliedern des Vereins als Gegner bekannt. Schick hat schwere innere Verletzungen erlitten und liegt hoffnungslos darnieder. Wenn der Güterbesitzer Veer weniger scharf gefahren wäre, und eine Laterne am Wagen gehabt hätte, dann hätte das Unglück sicher vermieden werden können.

Legnitz, 17. September. Gewerkschafts-Jubiläum. Sein 25jähriges Jubiläum als organisierter Gewerkschafter begeht in diesem Jahre der Instrumentenbauer Hermann Seib. Derselbe hat bis in die neueste Zeit im Vordereingang der Organisation gestanden und ist noch heute das Ehrenamt eines Gewerkschaftsleiters gewissenhaft aus. Das Jubiläum ist schon geraume Zeit politisch organisiert, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Wir wünschen, daß es dem Arbeiter-Jubiläum recht lange beschreiben sei, für die Allgemeinheit im vorbildlichen Sinne zu wirken.

Brückenberg, 18. September. Schießprügel. Ein recht bedauerlicher Unglücksfall, dem leider ein Mensch ein Leben zum Opfer fiel, ereignete sich in vergangener Woche. Der Gebirgsführer und Arbeiter Robert Pilschke von hier stieß sich unvorsichtiger Weise einen geladenen Revolver mit ausgezogenem Fahn in die äußere Rocktasche, als er kurze Zeit später den Revolver herausnehmen wollte, um einen Probeschuß abzugeben, entlud sich die Waffe und die ganze Schrotladung drang dem Bedauernswerten in die linke Hand. Leider suchte er ängstliche Hilfe zu spät auf, und so ist der in der Mitte der 40er Jahre stehende Mann im Krankenhaus zu Arnsdorf an Blutvergiftung unter qualvollen Schmerzen Montag gestorben.

Münsterberg, 18. September. Im Wäschschaff ertrunken. In Nieder-Rungenbock ereignete sich in der Familie des Hauergewerkschaffers Spittler ein betrübender Unglücksfall. Das 1 1/2 Jahre alte Töchterchen stürzte in ein Wasser- und Wäsche enthaltendes Schaff und fand den Tod durch Erstickung.

Mitwitzschütz, 18. September. Baunfall. Dienstag Nachmittag 2 Uhr stürzte an dem in der Hauptstraße gelegenen Neubau des Baunnehmers Warmig eine 7 Meter lange Frontmauer ein und begrub einen Maurer und drei Hauslangerinnen unter den Trümmern. Eine der Handlangerinnen wurde schwer verletzt.

Beuthen, 18. September. Beide Beine abgefahren. Dienstag Abends 6 1/2 Uhr erriet der 26jährige Arbeiter Johann Schmachloch aus Jülichhütte bei Manierbewegungen unter die Wagen, wobei ihm beide Beine abgefahren und das Becken aufgerissen wurde. Der Tod trat bald darauf ein.

Beuthen OS, 18. September. Das Opfer eines Ueberalles. Der Grubenarbeiter Biegla aus Karf, auf Johannaschacht beschäftigt, wurde durch einen Polizeibeamten in einer Mützlache ertrunken aufgefunden. Der Schwerverletzte wurde mittels Wagen in das Knappschafts-Lazarett gebracht, wo er nach 7 Stunden verstarb. Hinterläßt eine 19 Jahre alte Frau mit 5 Kindern.

Beuthen, 18. September. Wer ist der Mörder? Der 26. Mordes an der 12 Jahre alten Schülerin Miska aus Scharyk verdächtige Arbeiter Mysl von dort ist aus der Untersuchungsanstalt entlassen worden, da die Indizienbeweise zu seiner Ueberführung nicht genügt, er auch für den Abend, an dem der Mord geschah, kein Alibi nachweisen konnte.

Beuthen, 18. September. Bessere Krawattenmacher. Die Polizei ermittelte eine Spielergesellschaft, die an einem Abend in einem hiesigen Lokal mehrere Tausend Mark umlegte. Personen besserer Kreise sind in die Affäre verwickelt.

Kattowitz, 18. September. Sturz aus dem Fenster. In einem unbewachten Augenblick stürzte das Kind des Bergmanns Jordan aus dem dritten Stockwerk zum Fenster hinaus und blieb tot auf der Straße liegen.

Königsbütte, 18. September. Jugendliche Lebensretter. Eine brave Tat hat der 12jährige Schullehrer Kornelius Koczek in Gemeinschaft mit einem gleichaltrigen Mitschüler vollbracht. Die beiden Knaben bemerkten, daß der 13jährige Schüler Krutobera in einem Bruchhumpel dem Ertrinken nahe war. Sie sprangen herbei hinein und retteten mit eigener Lebensgefahr den Gefährdeten vom sicheren Tode.

Falkenberg OS, 18. September. Gefahren der Arbeit. Am Dienstag, kurz vor dem Feiertag, ereignete sich ein furchtbarer Unglücksfall in der schlagemilchischen Porzellanfabrik in Tilowitz. Der Arbeiter Franz Söhlbaum, der in der Maschinenfabrik beschäftigt war, geriet in das Getriebe und wurde zu Tode gequetscht.

Neuhäusel, 16. September. Wo das Zentrum regiert. Zu einer schweren Verletzung kam es in der Familie des Glasmachers H. Hiertelst. Ehegatte und Sohn fielen gemeinsam über die Frau und Mutter her und mißhandelten sie in roher Weise. Das häßliche Vorkommnis wird ein gerichtliches Nachspiel haben.

Koschmin, 16. September. Die Rebelle durchschneiden. Dienstag Abend hat sich der hier wohnhafte 40 Jahre alte Fleischer Josef Sawronski mit einem großen Fleischermesser die Kehle durchgeschnitten. Der Schwerverletzte lebte bei seiner Ueberführung in das Krankenhaus zwar noch, jedoch wird an seinem Aufkommen gezweifelt. Das Motiv zur Tat soll in Familienangelegenheiten zu suchen sein.

Schneidemühl, 17. September. Schlägerei. In der Brombergstraße kam es in der Nacht zum Montag zwischen Militär und Zivilpersonen zu einer blutigen Schlägerei, an der sich etwa 60 Personen beteiligten. Der Arbeiter Marquardt und der Sergeant Arndt haben schwere Verletzungen erlitten.

Sittlichkeitsverbrechen. Verhaftet wurde wegen Sittlichkeitsverbrechens der Arbeiter August Pieber von hier. Er soll sich an seiner erkrankten Tochter und an seiner 14-jährigen Enkelin fittich vergangen haben.

Münsterberg. Aufschüttung von ungarischen Weizen ausgeführt worden. Daburch haben die fremden Arbeiter hier ansehnliche und verheerenden Steuereinzahlern, die bis 22 Wochen arbeitslos waren, Arbeitsgelegenheit an städtischen Bauten ermöglicht. Solche Vorkommnisse müßten bei Vorkaufsbeschlüssen unbedingt gemacht werden. Der Arbeiter erfuhr dringend, in Zukunft dem früheren bürgermeisterlichen Versprechen mehr Geltung zu verschaffen.

Oberbürgermeister Bender, die Stadtverordneten Gärner, Döbe und andere beteiligten sich noch an der Debatte. Herr Döbe bemerkte, daß solche Vorkommnisse recht selten seien; man habe keine dahingehenden vertraglichen Rechte. Im übrigen wundere er sich, daß gerade der Stadtverordnete Döbe als Vertreter der internationalen Sozialdemokratie gegen die Ungarn aufträte. — Herr Gärner klagt über die mangelnden Fähigkeiten der Breslauer Arbeiter und Handwerker. Daran liege es, wenn so viel hiesige Arbeit von auswärtigen Kräften hergestellt werde. Er habe mit dem Breslauer Arbeiter sehr schlechte Erfahrungen gemacht. — Stadtverordneter Döbe gibt im weiteren Verlauf der Debatte den einzelnen Rednern kurze Antworten. Verträge in der von ihm angegebenen Art könne man jederzeit schließen und auch kontrollieren, wenn man nur den guten Willen dazu habe. Es handele sich hier und in den meisten anderen Fällen weniger darum, daß die hiesigen Arbeiter nicht leistungsfähig seien, sondern darum, daß auswärtige Arbeiter von den Unternehmern als Preisstürmer herangezogen werden. Ein solches System zu unterstützen, sei nicht die Absicht und Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie, das sei vielmehr die Praxis des internationalen Kapitalismus. (Lebhafte Unruhe.)

Für den im Oktober hier stattfindenden Koncert der Krankenpflegeanstalten vom „Rein Arena“ sollen 200 Eintrittskarten zum Stadttheater beschafft werden, die den Koncertteilnehmern angeboten werden sollen. Die Stadtverordneten beschließen, dem Magistratsantrag zustimmend, hierfür 1000 Mark. Der neue Kurkostentarif für die Krankenhäuser tritt, nach dem Wunsche der Krankenkassen, erst am 1. April 1909 in Kraft.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen wurde die Sitzung geschlossen.

Von einem „Massenaustritt aus der sozialdemokratischen Partei“ infolge der Nürnberger Parteibeschlüsse“ faßelt ein Teil der bürgerlichen Presse: Der Parteitag hat, wie gemeldet, eine Resolution angenommen, wonach die Zugehörigkeit zu lokalen Gewerkschaften oder zum allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband unveränderlich mit der Mitgliedschaft in sozialdemokratischen Wahlvereinen. Dieser Beschluß hat zur Folge gehabt, daß „Tausende“ von Mitgliedern dieser Gewerkschaften jetzt schon ihren Austritt aus der Partei erklärt haben, weil sie das Ausschlußverfahren nicht erst abwarten wollten.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß diese „Tausende“ aus einer Handvoll, etwa 40—50 Leuten besteht, die dem sicher zu erwartenden Ausschluß zuvor kommen wollten. Die „Breslauer Zeitung“ und die „Breslauer Morgenzeitung“ sollten sich wirklich von Zeit zu Zeit etwas erkundigen, ehe sie gedankenlos die Wäschzettel zellenhungriger Phantasie-Produzenten abdrucken. Aber fast scheint es, als sei es freimüthiges Verstreben, offensbare Unwahrheiten in die Welt zu pflanzen: Brachte es doch kürzlich der polternde freimüthige Parteisekretär Müller fertig, in einer Handlungsgehilfen-Versammlung zu behaupten, der Metallarbeiter-Verband habe einen Mitgliedsverlust zu verzeichnen. Das sagte der Mann zu einer Zeit, als der Metallarbeiter-Verband für das letzte Jahr eine Zunahme von fast 40.000 und der — Hirsch-Dunker'sche M.-V. einen Rückgang konstatieren konnte!

Noch einmal der Fall Vintus Sübner vor dem Kaufmannsgericht. Wir brachten im Monat Juli eine Streitsache eines jüdischen Mädchens, das im Beisein ihrer Mutter gegen die Firma Vintus Sübner auf Schadensersatzklage für vier Monate im Betrag von 80 Mark klagte. Das Mädchen hat die Stellung verlassen, weil der Prinzipal es in den Geschäftsräumen gemißbraucht hat. Der Fall hat immerzu viel Staub aufgewirbelt. Im ersten Termin vor dem Kaufmannsgericht wurde ein Teilurteil gefällt. Die Firma wurde verurteilt, an die Klägerin 20 Mark für Monat Mai — sozial betrag der Monatslohn — zu zahlen. Im übrigen wurde die Entschädigung verweigert, da der Beklagte behauptet hatte, daß der Klägerin rechtmäßig gekündigt worden sei und daß übrigens ein Grund zur Entlassung vorgelegen habe, da die von der Klägerin geführte Kasse in einem Raute von 140 Mark aufweise. Die Sache zog sich in die Länge, da der Beklagte fortwährend neue Gründe vorbrachte und neue Beweisverheerung verlangte. Es fanden sechs Termine statt und erst am 16. September fiel die Entscheidung. Die Firma wurde vollständig verurteilt, an die Klägerin weitere 60 Mark zu zahlen. Die umfangreiche Beweisverheerung habe nicht ergeben, daß der Klägerin rechtmäßig gekündigt worden sei und daß ein Grund zur Entlassung vorgelegen habe. Es sei nicht der mindeste Beweis für die Behauptung erbracht worden, daß die Klägerin an dem Raute eine Schuld treffe, es sei nicht einmal erwiesen, ob überhaupt ein Raute vorhanden war. Jetzt steht dagegen — und dies hat Dr. Braacklein in der Begründung besonders hervor, daß der Beklagte sich gegen das junge Mädchen in der unverantwortlichsten Weise vergangen hat und daß daher es durchaus berechtigt war, den Dienst anzugeben. Der Prinzipal aber ist gesetzlich verpflichtet, in Fällen, wo der Angestellte berechtigt ist, die Dienststelle zu verlassen, das Gehalt für die Dauer der gesetzlichen Kündigungsfrist zu zahlen. — Kläger hätte der Beklagte gelant, wenn er es nicht hätte zum Prozess kommen lassen.

Mit einer Klage gegen mehrere Verantwortlichen, Genossen Seiff, will sich der noble Chef Sübner auch noch Corfeeren helfen. Viel wird für ihn dabei nicht herauskommen.

Gewandlung ohne Eier. Wegen Vergehens wider das Zahlungsmittelgesetz hatte sich der Kaufmann August Dürschke aus Rietzbors vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten. Bei ihm waren vor einiger Zeit Gewandeln zur Untersuchung im gerichtlichen Untersuchungsausschuß angekauft worden, deren Analyse ergeben hatte, daß sie keine Spur von Seide enthalten. Es handelte sich um Wasserwunden, denen durch Färbung das Aussehen von Gewandeln gegeben worden war. Der Referent der Ware gab an, daß er mit den Wunden gleichzeitig auch Plakate zum Anhängen im Laden geliefert habe, die die Aufschrift „Gefärbte Wunden“ trugen. Diese Plakate waren im Laden aber nicht ausgehängt worden. Es wurde festgestellt, daß die Wunden an einem Preise verkauft worden waren, zu dem Gewandeln nicht verkauft werden können, jedoch eine materielle Ueberverteilung der Käufer nicht erfolgt war. Deshalb wurde die Strafe auf nur 6 Mark bemessen.

Ein umfangreicher Raub- und Diebstahlschwindel-Prozess beschäftigt gegenwärtig die Breslauer Straßammer. Angeklagt ist der in letzter Zeit oft genannte 31 Jahre alte Kaufmann Johann Sonnberger, Direktor der Schneidnitzer Wäsche- und Schlichtgesellschaft. Wie als 80 Betrugsfälle sind ihm zur Last gelegt. Unter den Betrugsbekunden sich zahlreiche arme Leute, die ihm ihre letzten paar Mark als „Rantion“ gegeben haben, um eine „gute Stellung“ zu erhalten und ihr Geld natürlich losgeworden sind. Der Angeklagte befindet sich seit dem 17. Juli in Untersuchungshaft; er will „geistig nicht normal“ sein. Die Verhandlung soll drei Tage in Anspruch nehmen.

bei der Vermögensschätzung, wieder zurück gemacht. Um diese Einnahmen haben Spekulationsmänner im Grundstückshandel und das verunglückte Orts-Statut die Stadt gebracht! Auch in den Ausgaben sind überall erhebliche Mehraufwendungen notwendig gewesen, der Referent erwähnt nur die für die Armenpflege mit 88.000 Mk., das Mütterliche-Hospital mit 80.000 und 35.000, dann die erhebliche Uebererschuldung des Extraordinariums, das gegen den Voranschlag von 500.000 Mk. um etwa 1.500.000 vergrößert wurde. Eine Bemerkung des Referenten über diese Zunahme der Ausgaben und die Bereitwilligkeit des Magistrats, erzielte Einnahmen des Substanzelberfonds rasch in neue Grundverwendungen verschwenden zu lassen, fordernden Oberbürgermeister heraus, der hier ganz richtig erklärte: wenn sich mehr Kranke zur Aufnahme ins Hospital melden, dann müssen sie eben aufgenommen werden und die (durch den Posttarif herbeigeführte. Reb. b. „Vollw.“) herbeigeführte Uebererschuldung aller Nahrungsmittel mache sich genau so wie in jeder Bürgerliche im großen Haushalt der städtischen Behörden bemerkbar. Wenn wir aber imstande gewesen sind, Straßenverbreiterung wie in der Graupenstraße und Grundverwendungen vorzunehmen, so sollten wir uns darüber freuen und es nicht beklagen. Stadtv. Döbe wies darauf hin, in welchem hohem Grade die Finanzen unserer Stadt abhängig sind von den Betriebswerken für Gas und Elektrizität und welche Gefahr die geplante Reichsteuer auf diese Stoffe für den Stadthaushaushalt ausüben müsse. Er wünsche deshalb spätestens nach Bekanntwerden des Entwurfs einen gemeinsamen Protest des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung gegen diese Steuerprojekte. Diese Bemerkung, die zu machen eigentlich Sache des Bürgermeisters gewesen wäre, tat dieser im Gegenteil mit der päpstigen Antwort ab: Breslau als große Stadt habe vor allem ein Interesse daran, daß die Reichsfinanzen in Ordnung kommen. Erst als ihn Genosse Döbe darauf aufmerksam macht, daß der doppelte Ausfall der Schlachtsteuer und die neuen Gasabgaben für Breslau doch nicht leicht zu nehmen seien, daß eine solche Industriesteuer dem Reich, der Stadt und den Bürgern nur schade und deshalb viele Stadtverwaltungen auf freisinniges Vortraten schon Protest beschloffen haben, ließ sich Herr Bender wenigstens zu der Erklärung herbei, daß auch er diese Steuerpläne für unglückliche halten würde. Da man aber noch nichts Bestimmtes wisse, könne man sich damit auch nicht befassen! Um dieselbe Stunde, da der Herr Ober das unter dem Beifall seiner Leute erklärte, erschien das Abendblatt der freisinnigen „Breslauer Morgenzeitung“ mit folgender Spitzennotiz:

In Dunschau war von den Stadtverordneten Schicks und Genossen der Antrag gestellt worden, gegen die Einführung einer Steuer auf elektrische Kraft und Gas Verwahrung einzulegen. Die Antragsteller waren der Meinung, man müsse alsbald und mit allem Nachdruck gegen die Steuer Protest erheben, welche in erster Linie die kleinen Gewerbetreibenden schädigen werde. Verschiedene andere Städte, wie Sprottau, Sagan und Glogau, hätten bereits zu der Steuer in entschieden ablehnendem Sinne Stellung genommen. Sonderbarer Weise ging die Versammlung über den Antrag Schicks zur Tagesordnung über: der Herr Vorleser meinte, daß die Angelegenheit noch nicht spruchreif sei! Wir sind der Ansicht, daß noch nie eine Sache so spruchreif war, wie diese Steuerfrage, und deshalb bedauern wir den Dunschauer Beschluß auf das Lebhafteste. Anderer Meinung, wie die Dunschauer Stadtverordneten sind die Mitglieder des Legierbezirksvereins „Viegnitz-Ort“. In einer am 15. d. Mts. abgehaltenen Versammlung beschloß man sich auch mit der Gas- und Elektrizitätssteuer. Der dortige Cassanitätsdirektor Ederle hielt einen orientierenden Vortrag, in welchem er die technisch-finanzielle Seite der Frage eingehend behandelte und die wirtschaftlichen Bedenken einer solchen Steuer darlegte. In seinem Schlusswort führte der Vorleser die Versammlung, der Kaufmann Peffer, Johann aus, daß es im Interesse der Stadt Viegnitz und aller Städte durchaus notwendig sei, gegen die geplante Gas- und Elektrizitätssteuer entschiedenen Protest zu erheben, und deshalb beschloß er, bei den städtischen Behörden vorstellig zu werden, sie möchten auch ihrerseits zu der Steuer Stellung nehmen und bei den zuständigen Stellen Protest gegen die Steuer einlegen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Dunschauer Herren werden doch wohl einsehen müssen, daß sie sich — gelinde gesagt — einer großen Rücksichtslosigkeit schuldig machten, als sie über den Antrag Schicks zur Tagesordnung übergingen.

Die Breslauer Herren mit Dr. Bender an der Spitze mögen sich hieron ebenfalls ihren Teil abschneiden und daran denken, daß sie die würdigen Hauptlinge der rückwärtigen Großstadt sind. In etwas verblühter Weise wird ihnen das sogar von den heutigen Morgenblättern bescheinigt.

Der Rechnungsabluß des Jahres 1907 wurde mit folgenden Ziffern genehmigt:

die Einnahme beträgt . . .	33.503.589,24 Mk.
die Ausgabe	32.950.817,15 „
mithin Ueberschuß	552.772,09 Mk.,

welcher in voller Höhe als außerordentliche Einnahme im Etat für 1909 eingestellt wird.

Außer obigen Gegenständen fanden unter anderem noch folgende Vorlagen ihre Erledigung: Für die Uebernahme des 7. Deutschen Sängerbundes ist die Summe von 10.000 Mark fallen. Der Betrag wird gegen die Stimme des amtierenden sozialdemokratischen Stadtverordneten bewilligt.

Zwischen der Holzgenossenschaft in Leerheutal und der Schöndorfer Schenke soll eine sechs Meter breite chauffierte Straße angelegt werden. Die Kosten betragen 29.000 Mark. Die Vorlage wird zur nochmaligen Beratung an den Ausschuß IV überwiesen. Desgleichen wird die Vorlage betreffend die Verlegung eines zweiten Wasserleitungsnetzes von der Gasanstalt IV nach der Stadt, wofür ein Kostenschlag von 32.700 Mark vorliegt, an den Ausschuß V verwiesen.

Für die Uebernahme und Versicherung der Altkanalanlagen im Städtischen Elektrizitätswerk I werden die Kosten in der Höhe von 89.217 Mark bewilligt.

Eine ganze Reihe Vorlagen betreffend Ueberschreitungen im geringen Umfang. Sie werden von dem Kollegium nachträglich beabsichtigt genehmigt.

Bei der Annahmehahme der Protokolle der Markthallen-Kommission entspann sich eine kurze, aber lebhaft Debatte. Der Stadtverordnete Döbe (Soz.) erinnert daran, daß bei früheren Debatten über die Vergebung städtischer Arbeiten der Oberbürgermeister verprochen habe, dafür Sorge zu tragen, daß nach Möglichkeit die Arbeiten in der Stadt auch von hiesigen Handwerkern bezogen werden sollen. In den städtischen Rechnungen sei die einer hiesigen Bildhauerfirma übertragene